Imperialismus bedeutet Krieg Seite 5

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 4 vom 25. Januar 1975 | 9. Jahrgang | 50 Pfennig

'Stabilitätsgerechte' Abschlüsse sind Lohnraub

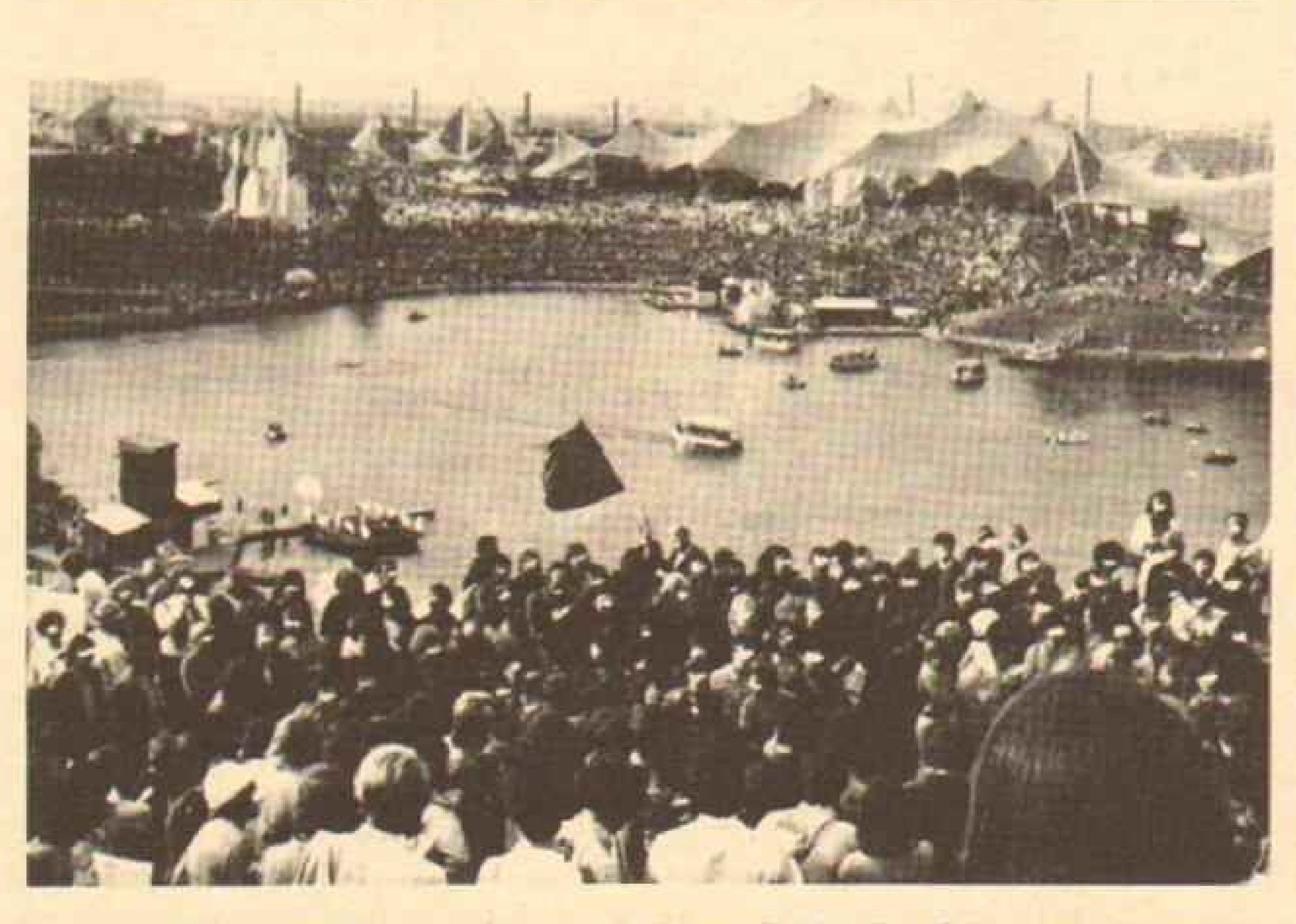
Von den laufenden Tarifverhandlungen der Kapitalisten, des Staates und des Gewerkschaftsapparates haben die sechs Millionen betroffenen Werktätigen nichts anderes zu erwarten, als einen Angriff auf ihre Löhne und eine Verschlechterung ihrer Lebenslage. Der Gang der Verhandlungen zeigt klar, daß die Kapitalisten und der Staatsapparat gemeinsam mit den Bonzen des Gewerkschaftsapparates mit allen Mitteln der Demagogie, des Betruges, der Drohungen und Erpressungen die verschärfte Ausplünderung der Werktätigen durchsetzen wollen. Der bereits vorliegende Tarifabschluß für die Kollegen vom Bau zeigt das klar. Eine „Lohnerhöhung" von 6,6%, ein „Weihnachtsgeld" von 200 DM für alle, die mindestens ein Jahr im Betrieb gearbeitet haben, das ist nackter Lohnraub.

Es ist kein Zufall, daß der Bauabschluß, an dem die Bundesregierung durch das Eingreifen Schmidts und Lebers selbst beteiligt war, von den Vertretern der Kapitalistenverbände und dem DGB-Apparat jetzt als Richtschnur gepriesen wird. Offen hat der Vorsitzende der Gewerkschaft Textil/Bekleidung Buschmann die Arbeiter aufgefordert, „nicht mit übertriebenen Lohnforderungen die Stabilität aufs Spiel zu setzen". Der DGB hob in seiner Stellungnahme das „konjunkturgerechte Verhalten der Gewerkschaften" hervor, während der Vertreter der Metallkapitalisten Kirchner unumwunden erklärt, daß die 6,6% beim Bau zwar in der richtigen Richtung liegen, „aber noch nicht den richtigen Punkt treffen".

Der Dreh- und Angelpunkt der Demagogie der Kapitalisten und vor allem der Gewerkschaftsbonzen ist die Behauptung, daß die Arbeiter und die Kapitalisten gerade jetzt, in der Krise, gemeinsame Interessen haben und gemeinsame „Verantwortung" tragen müßten. Die Wirklichkeit zeigt, daß es ihnen bei dieser Demagogie nur darum geht, die Arbeiter zu betrügen, um sie besser ausplündern zu können. „Wir bieten 5%, sagt die Regierung den Arbeitern und Angestellten im Öffentlichen Dienst, „denkt an unsere gemeinsame Verantwortung". „Sechs Prozent sind das Äußerste", erklären die Metallkapitalisten, „wir können sonst die Arbeitsplätze nicht erhalten", und die Gewerkschaftsbonzen beteuern, daß sie sich „konjunkturgerecht" verhalten werden.

Sie alle setzen zugleich darauf, daß die Arbeiter und Angestellten angesichts der Arbeitslosigkeit, des drohenden Verlustes ihres Arbeitsplatzes, der Unsicherheit ihrer gesamten Existenz in der gegenwärtigen Lage, leichter auf diese Demagogie hereinfallen, sie setzen darauf, die Kampfkraft der Arbeiter zu schwächen, um noch besser neue, schärfere Angriffe starten zu können. Und sie erhalten dabei die Unterstützung der modernen Revisionisten der D„K"P, die durch ihre Parole von der Erhöhung der Massenkaufkraft, wonach angeblich Lohnerhöhungen auch im Interesse der Kapitalisten liegen, die Ideologie der Klassenversöhnung verbreiten.

Der Abschluß im Bau und die geplanten Lohnraubabschlüsse in den anderen Industriezweigen, wachsende Arbeitslosigkeit und verschärfte Rationalisierung in den Betrieben zeigen aber, daß die Kapitalisten gerade in der Krise die Ausbeutung der Arbeiter verschärfen, um ihre Profite zu sichern. **Deshalb gibt es für die Arbeiter und Angestellten nur den Weg des revolutionären, unversöhnlichen Klassenkampfes gegen Kapital, Staats- und DGB-Apparat und die modernen Revisionisten. Das ist der einzige Weg, auf dem der Kampf gegen die Angriffe auf die Lebenslage der Werktätigen geführt werden kann.**



Roter Antikriegstag 1972: Am 3. 9. 72 führt die Partei auf dem Olympiagelände fliegende Versammlungen durch. Weil sie an der Demonstration am Tag zuvor teilgenommen haben, stehen in München erneut vier Genossen vor Gericht. Siehe auch S. 6.

Revisionistische Hetze gegen Strauß-Besuch

Chinas Aussenpolitik im Interesse der Völker

Anläßlich des Besuchs von Strauß in der Volksrepublik China entfalten die modernen Revisionisten – von der D„K"P über die „S"EW bis hin zu den Revisionistenführern in Moskau – eine Hetzkampagne gegen die kommunistische Partei Chinas. „Zusammenarbeit mit Ultrarechten, mit Vertretern der Rüstungskonzerne", „Entspannungsfeindlichkeit und Antisowjetismus" usw. – lautet ihr Geschrei. Es sind Wutausbrüche der modernen Revisionisten über die großartigen Erfolge der revolutionären Außenpolitik der VR China.

„Strauß, dieser Mann der Ultrarechten, dieser Vertreter der aggressivsten Teile des deutschen Imperialismus wird in der VR China empfangen", geben sich die Revisionisten empört. Doch ihre Empörung ist unverschämte Demagogie.

Strauß ist ein Reaktionär, ein Vertreter des westdeutschen Imperialismus und Revanchismus. Das ist unbestritten. Doch unterscheidet ihn das von den Politikern der anderen bürgerlichen Parteien des westdeutschen Imperialismus? Unterscheidet ihn das von einem Schmidt oder Brandt? Keineswegs. **Sie alle vertreten durch und durch die aggressiven Interessen des westdeutschen Imperialismus.** „Strauß", sagen die Revisionisten, „ist ein Vertreter der Rüstungskonzerne". Gewiß. Aber das schändliche ist, daß die modernen Revisionisten zugleich so tun, als wäre ein Brandt, ein Bahr und wie sie heißen, das nicht. Tatsache aber z. B. ist, daß nicht nur unter Strauß als Kriegsminister, sondern in noch viel größerem Maße unter der SPD/FDP Regierung der Rüstungshaushalt in die Höhe gejagt worden ist.

Fortsetzung auf Seite 2

Polizist erschiesst Jugendlichen

Rechtsanwalt "Jeder kann der nächste sein"

Ein achtzehnjähriger Junge nimmt sich das Auto seiner Eltern. Ohne Führerschein fährt er nachts durch München. Der Polizei fällt auf, daß er zu schnell fährt, sie versucht, ihn zu stoppen. Der Junge gerät in Panik, er flieht. Die Polizei nimmt die Verfolgung auf. Fünfzehn Streifenwagen umzingeln schließlich mit eingeschalteten Scheinwerfern das Auto des Achtzehnjährigen. Er hat Angst, steigt nicht aus. Im hellen Licht der Scheinwerfer geht ein Polizist zum Auto, schlägt die Scheibe ein und gibt zwei Schüsse ab. Ernst Wiesneth ist tot – von der Polizei ermordet.

Als er von dem Tod seines Sohnes hört, wie er ums Leben gekommen ist, gibt es für den Vater Erich Wiesneths keinen Zweifel daran, wer die Schuldigen sind. Er sagt: **„Die Münchner Polizei hat meinen einzigen Sohn ermordet. Einfach abgeknallt haben sie ihn wie ein Tier."**

„Jeder von uns kann der nächste sein, der von der Polizei erschossen wird", erklärt der Münchner Rechtsanwalt Bossi einen Tag später und erinnert an die Ermordung Günther Jendrians durch die Münchner Polizei. Als die Zivilschläger der Polizei unseren Genossen Günter Routhier im Duisburger Arbeitsgericht so schwer mißhandelt haben, daß er kurze Zeit darauf an seinen Verletzungen starb, haben viele Menschen erkannt, daß es richtig war, was die Partei gesagt hat: **„Günter Routhier fiel keinem ‚Unglück', keiner ‚Fahrlässigkeit' und keinem ‚bedauerlichen Übergriff der Polizei' zum Opfer. Das war, das ist geplant. Die Kapitalisten haben ihrer Polizeiarmee das Prügeln, das Schießen, den Arbeitermord, das Liquidieren von Kommunisten und anderen Klassenkämpfern befohlen." Die Kapitalistenklasse hat ihre Polizeiarmee, um die Werktätigen zu unterdrücken, ihr Terror hat bereits eine große Zahl von Opfern gekostet.**

Der Polizist Kurras erschoß den Studenten Benno Ohnesorge bei einer Demonstration gegen das faschistische Schahregime in Westberlin. Rüdiger Schreck wurde bei einer Studentendemonstration in München von einem Polizisten erschlagen.

Fortsetzung auf Seite 6

AUS DEM INHALT

Breschnew haut auf die Pauke, aber

Menschenhandel der Sozialimperialisten geht weiter

Mit geradezu schon verdächtigem Propagandalärm verkündeten die sowjetischen Sozialimperialisten, daß sie das Handelsabkommen von 1972 nach dem neuen Handelsgesetz des amerikanischen Kongresses nicht mehr einhalten würden.

Tatsächlich aber enthüllt dieses Handelsgesetz lediglich den Inhalt der gemeinen Packelei, die zwischen Breschnew und Kissinger im Oktober 74 abgemacht wurde: Jährlich 60 000 Bürgern der Sowjetunion die Ausreise in den Staat Israel zu genehmigen, und zwar im Austausch gegen Kredite des US-Imperialismus und die Sicherung der Meistbegünstigungsklausel.

Der Grund für die Aufkündigung des Handelsabkommens durch die sowjetischen Sozialimperialisten besteht darin, daß dieses gemeine Geschäft bei allen Völkern der Welt breite Proteste und eine Verurteilung des sowjetischen Sozialimperialismus hervorrief, besonders bei den arabischen Völkern, gegen die sich das Geschäft hauptsächlich richtete. Die sowjetischen Sozialimperialisten sahen sich plötzlich vor aller Welt an den Pranger gestellt und als Feind des Befreiungskampfes der Völker entlarvt.

Dadurch, daß amerikanische Politiker und Kongreßabgeordnete öffentlich den Schacher bekannt gaben, waren die sowjetischen Sozialimperialisten in eine peinliche Lage versetzt. **Um die Maske des Sozialismus und des Beschützers der Völker einigermaßen zu wahren, sahen sie sich gezwungen, das Handelsabkommen zu kündigen.**

Diese Maßnahme aber ändert nichts daran, daß die beiden Supermächte auch weiterhin Hand in Hand gegen den Befreiungskampf der Völker vorgehen werden. Das wurde bereits durch Erklärungen Fords und Kissingers bestätigt. Gleichzeitig gaben dies auch die Herren im Kreml zu. Am 16. Januar beeilte sich die Nachrichtenagentur TASS, den Vereinigten Staaten und anderen kapitalistischen Ländern zu versichern, daß die sowjetische Politik sich in dieser Beziehung nicht verändern würde.

Der Durst und der Bedarf der sowjetischen Sozialimperialisten nach amerikanischen Krediten und technischen Unterlagen sind sehr groß. Der Sprecher des Kreml, Jurii Schukow hatte vor einigen Tagen selbst zugegeben, es sei für die Sowjetunion undenkbar, ohne westliche Anleihen auszukommen. Die Spitzen des amerikanischen Finanzkapitals wissen das wohl und beunruhigen sich daher nicht sonderlich über das propagandistische Spektakel der Sowjetrevisionisten. Auch die israelischen Zionisten in Tel Aviv wissen, daß die Äußerungen der sowjetischen Regierung, keine sowjetischen Juden gegen amerikanische Kredite zu schicken, nur Reklamegeschrei und Theater sind. **Die sowjetischen Sozialimperialisten werden weiterhin jüdische Sowjetbürger schicken, nicht nur weil sie die US-Dollars für diesen Menschenhandel kassieren möchten, sondern auch weil sie Feinde des Befreiungskampfes der arabischen Völker sind. Denn auch bisher, als der Sowjetunion noch nicht von den USA die Meistbegünstigungsklausel gewährt wurde, sind dennoch zehntausende jüdische Sowjetbürger jährlich nach Israel ausgewandert. Und so werden sie weiter auswandern.**

Wie nicht anders zu erwarten ließen die Kremlherren durch ihren bekannten Agenten Viktor Louis am 17. Januar den israelischen Zionisten versichern: Die Annullierung des Handelsabkommens durch die Sowjetunion werde keine negativen Folgen auf die Auswanderung jüdischer Sowjetbürger haben.

Trotz aller Versuche der sowjetischen Sozialimperialisten, durch lautes Propagandageschrei und demonstrative Gesten, ihre Händel gegen die Völker zu vertuschen, entlarven sie sich mit jedem Tag mehr als die geschworenen Feinde der arabischen Völker.

Nationale Demagogie für revanchistische Ziele

In den letzten Jahren versuchen faschistische Organisationen verstärkt, unter verschiedenen Namen mit scheinbar revolutionären Parolen Einfluß unter Arbeitern, insbesondere aber auch unter der Jugend zu gewinnen. Sie geben sich dabei als „Kämpfer für nationale Unabhängigkeit".

Es ist eine bekannte Methode der Faschisten, zu versuchen, die ehrlichen patriotischen Gefühle des Volkes, die eine wichtige Kraft im Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus sind, in die Bahnen des bürgerlichen Nationalismus und Chauvinismus zu lenken. Tatsächlich hat der patriotische Kampf des Volkes um nationale Befreiung nichts mit den verbrecherischen Absichten der Faschisten gemein.

Der Kampf um nationale Befreiung, die nationalen Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika, Lateinamerika, z. B. der Kampf der Völker Indochinas, der Kampf des palästinensischen Volkes ist ein fester Bestandteil der Weltrevolution. Diese Bewegungen selbst sind entstanden im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus und sind eine außerordentlich wichtige Kraft im Kampf zum Sturz des imperialistischen Systems.

Dazu in völligem Gegensatz steht der bürgerliche Nationalismus und Chauvinismus, der nicht im Kampf des Volkes gegen den Imperialismus entstanden, sondern eine Ideologie des Imperialismus ist, die dazu dient, die Massen der Werktätigen vor den Karren des Imperialismus zu spannen. Eine Ideologie, die sich gegen die Interessen des Volkes richtet.

Natürlich wagen die Faschisten nicht offen Farbe zu bekennen zum Chauvinismus und Nationalismus. Sie wissen nur zu gut, wie verhaßt den Werktätigen diese Ideologie ist, die sich für unser Volk mit Millionen Opfern verbindet. So versuchen sie, sich einen Anstrich zu geben, als gehörten sie zur revolutionären nationalen Bewegung, die den Kampf gegen den Imperialismus führt. Um dies glaubhaft zu machen, stellen sie sich sogar als Freunde des palästinensischen Volkes und sogar als Freunde der Volksrepublik China hin.

„Für nationale Unabhängigkeit", „Gegen Sowjetimperialismus und US-Imperialismus" sagen sie. Aber wo und wann hat man jemals diese Faschisten gegen die US-Imperialisten in Westdeutschland in Aktion gesehen? Und vor allem: Wann je haben sie gegen den westdeutschen Imperialismus gekämpft, seine imperialistischen Ziele und Absichten, seine Verbrechen angeprangert? Bekannt ist nur, daß sie bei ihrer Propaganda in der Öffentlichkeit stets den Polizeischutz der westdeutschen Imperialisten geniessen. Bekannt ist, daß diese Faschisten aus allen Rohren gegen die revolutionäre Vorhut unseres Volkes hetzen, gegen die Kommunisten und gegen den Marxismus-Leninismus, die Ideologie des Proletariats.

Mit dem Kampf des Volkes, mit der sozialistischen Revolution, mit dem patriotischen Kampf gegen die beiden Supermächte in unserem Land sowie gegen den westdeutschen Imperialismus haben sie nichts gemein.

Hinter der Parole der Faschisten vom „Kampf für die nationale Einheit" steht in Wahrheit die Stärkung des westdeutschen Imperialismus, die Verwirklichung der revanchistischen Ziele der Thyssen, Krupp und Flick. Wenn sie sagen „Kampf für die Unabhängigkeit" und „Kampf gegen die Supermächte", so meinen sie in Wahrheit den fernen Traum des westdeutschen Finanzkapitals, eines Tages „unabhängig" von beiden Supermächten selbst wieder Herrscher über Kontinente zu sein – gegen die nationalen Interessen unseres Volkes.

Unser Volk führt den Kampf für ein vereintes, unabhängiges Deutschland. Doch dieser Kampf ist untrennbar verbunden mit dem Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus, der unsere Nation schließlich verraten hat an beide Supermächte und mit ihnen komplottiert, der selbst andere Nationen unterdrücken hilft und unser Volk knechtet und ausplündert. **Der Kampf für ein vereintes und unabhängiges Deutschland ist ein Kampf für ein sozialistisches Deutschland, in dem der Imperialismus aus unserem Lande verjagt und das Proletariat seine Diktatur über alle Feinde des Volkes errichtet.**

Kurz berichtet

LÜBECK

Auf einem Arbeitertreff in Lübeck-Moisling am 10. Januar über den Befreiungskampf des kambodschanischen Volkes wurde folgende Resolution verabschiedet:

„Die auf dem Arbeitertreff der KPD/ML, der zur Unterstützung des kambodschanischen Volkes organisiert wurde, Versammelten drücken dem kambodschanischen Volk, seiner FUNK, seiner GRUNK und seinen FAPLINK ihre Solidarität und Unterstützung aus.

Wir verurteilen aufs Schärfste die verbrecherische Intervention der US-Imperialisten in Kambodscha und sind überzeugt davon, daß die reaktionäre Lon Nol-Bande, die nichts weiter als eine Marionette der US-Imperialisten ist, bald vernichtet sein wird.

Ebenso verurteilen wir die andere Supermacht, die sozialimperialistische Sowjetunion, die überall auf der Welt versucht, wo der US-Imperialismus durch die Kämpfe der Volksmassen an Stärke verliert und gezwungen wird, sich zurückzuziehen, in dessen Fußstapfen zu treten, an dem Geschäft der Neuaufteilung der Welt unter den Imperialisten teilzunehmen.

Wir fordern den sofortigen Ausschluß der Verräter von Phnom Penh aus der UNO und die Anerkennung der Königlichen Regierung der Nationalen Union Kambodschas, die der wirkliche Repräsentant des souveränen kambodschanißchen Volkes ist.

Das kambodschanische Volk ist ein tapferes Volk. (...) Es wird sicherlich zu 100% den Sieg erringen und Phnom Penh und ganz Kambodscha befreien."

Zur finanziellen Unterstützung des Befreiungskampfes des kambodschanischen Volkes wurden 108,20 DM gesammelt.

Auf einem Arbeitertreff der KPD/ML in Lübeck-Kücknitz am 13. Januar wurde ebenfalls eine Resolution zur Unterstützung des gerechten Kampfes des kambodschanischen Volkes verabschiedet.

Sie enthält den Zusatz: „Die Versammlung erklärt, die beste Solidarität mit dem Kampf des kambodschanischen Volkes ist der Klassenkampf im eigenen Land." Es wurden 44,40 DM zur finanziellen Unterstützung gesammelt.

BERICHTIGUNGEN

Im ROTEN MORGEN Nr. 3/1975 heißt es in der Bildunterschrift auf S. 1 fälschlicherweise: „Wie heute der DGB-Apparat, war auch der FDGB-Apparat ein Instrument der Kapitalistenklasse." Richtig muß es heißen: „ ...war auch der ADGB-Apparat ein Instrument der Kapitalistenklasse."

In derselben Ausgabe des ROTEN MORGEN heißt es auf Seite 2 in der Spalte „Kurz berichtet" fälschlicherweise: „Vor kurzem wurde in Friedrichshafen die ROTE GARDE gegründet." Richtig muß es heißen: „Vor kurzem wurde in Singen die ROTE GARDE gegründet."

Im ROTEN MORGEN Nr. 1/1975 heißt es auf Seite 3 unter der Überschrift „Mit Asbest heimtückisch ermordet" über die gefährliche Wirkung von Asbest: „Kommt es in eine offene Wunde, dann setzt es sich da fest und wächst dort weiter wie ein Krebsgeschwür." Das ist medizinisch falsch. Richtig ist: wenn Asbest beim Atmen in die Lungen gerät, bewirkt es dort eine gefährliche Wucherung des Lungengewebes und kann zu Lungenkrebs führen.

Chinas Aussenpolitik im Interesse der Völker

Fortsetzung von Seite 1

Noch niemals hat Deutschland in Friedenszeiten je einen so hohen Militärhaushalt besessen, wie in diesem Jahr. Noch nie haben die westdeutschen Imperialisten so offen ihre Großmachtpläne verkündet, wie unter der Schmidt-Regierung während der letzten Monate.

Die Erklärung dafür ist, daß weder die eine Partei noch die andere die Politik festlegt und bestimmt, sondern daß die Politik Westdeutschlands entschieden wird durch das Monopolkapital, das sich je nach Situation die eine oder andere Partei – je nachdem welche Demagogie es gerade für angebracht hält, an die Regierung holt.

Die Lüge, daß die VR China sich einem „kriegslüsternen Teil" des westdeutschen Imperialismus zuwendet, während die Sowjetunion mit dem „friedlichen Teil" verhandele, fällt auf die Revisionisten selbst zurück. Sie zeigt, daß die modernen Revisionisten dem Imperialisten bescheinigen friedlich zu sein, daß sie den Imperialismus beschönigen und unterstützen, indem sie aufrufen, einen angeblich „friedlichen Teil" zu unterstützen. Es ist der Versuch, die Werktätigen unseres Landes an den Imperialismus zu ketten.

Den korrekten Standpunkt der Kommunistischen Partei Chinas dagegen bringt Genosse Mao Tse-tung zum Ausdruck: **„Was die imperialistischen Staaten anbetrifft, so sollten wir uns auch mit ihren Völkern vereinigen und danach streben, mit diesen Ländern in friedlicher Koexistenz zu legen, mit ihnen Handel zu treiben und jeden möglichen Krieg zu verhüten. Aber unter keinen Umständen dürfen wir irgendwelche unrealistischen Vorstellungen von diesen Ländern hegen."** Das ist auch der Grund warum die VR China Beziehungen zu Westdeutschland aufrechterhält, wobei sie nicht wie die modernen Revisionisten die Lüge verbreitet, es gäbe friedliche und weniger friedliche Imperialisten in Westdeutschland.

Die Kommunistische Partei Chinas sei „entspannungsfeindlich" und gehe einen „antisowjetischen Kurs". Die Kommunistische Partei Chinas ist immer für wirkliche Entspannung eingetreten. Aber sie ist zurecht gemeinsam mit den wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien und gemeinsam mit den unterdrückten Nationen gegen die Entspannungslügen der sowjetischen Sozialimperialisten aufgetreten. Während beide Supermächte, die USA und die Sowjetunion immer wieder sich als „Garanten des Friedens" und ihre Zusammenarbeit als „Garanten der Entspannung" gepriesen haben, ist es eine Tatsache, daß die Spannungen sich zwischen beiden Supermächten immer mehr verstärken, daß im Kampf um die Vorherrschaft über die Kontinente die Rivalität zwischen beiden immer heftiger geworden ist. Gerade in Europa, wo sie mit ihrer Konferenz für „Sicherheit und Zusammenarbeit", mit „Abrüstungskonferenzen" usw. lauthals verkünden, den „Weg des Friedens" zu gehen, haben sich die Widersprüche zwischen beiden insbesondere verstärkt. Gerade dort, wo sie am lautesten von „Frieden und Entspannung" schreien, haben sie ihre Militärblöcke konzentriert. Allein die sowjetischen Sozialimperialisten haben im Verlauf der letzten Jahre zwei Drittel ihrer Truppen an die Grenzen Westeuropas verlegt. **Angesichts dieser Bedrohung des Weltfriedens, angesichts der wachsenden Gefahr eines imperialistischen Weltfriedens zwischen beiden Supermächten ist die Kommunistische Partei Chinas und mit ihr alle anderen wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien ein Feind von verlogenem Entspannungsgerede. Und wenn die modernen Revisionisten mit „Antisowjetismus" den Kampf der VR China gegen die blutigen Welthegemoniepläne der sowjetischen Sozialimperialisten meinen, so haben sie in diesem Punkte recht. Dagegen tritt die VR China allerdings auf und mit ihr alle friedliebenden Kräfte auf der Welt.**

Gerade die revolutionäre Außenpolitik der VR China dient dazu, diese Kriegsgefahr zu vermindern, die Länder der Dritten Welt, alle unterdrückten Nationen zusammenzuschließen gegen die beiden Supermächte und ihre Ambitionen, einen neuen imperialistischen Weltkrieg vom Zaune zu brechen.

Dieser Politik, einen drohenden Weltkrieg zu verhindern und die Kräfte der Revolution und des Kampfes gegen den Imperialismus zu stärken, damit die Revolution dem imperialistischen Weltkrieg zuvorkommt, dieser Politik dienen auch die Beziehungen der VR China zu den imperialistischen Ländern. Es gilt dabei die Widersprüche zwischen den Imperialisten auszunutzen und die Kräfte, die die Hauptkriegsgefahr sind, die US-Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten zu isolieren. Dazu gehört auch der Ausbau der Beziehungen der VR China zu den westdeutschen Imperialisten.

Es ist nicht verwunderlich, daß diese friedliebende Politik der VR China, die sich konsequent am proletarischen Internationalismus orientiert, unter den Völkern der Welt, die im Kampf gegen den Imperialismus stehen, große Unterstützung und Anerkennung findet, daß aber die revisionistischen Verräter, mit den Moskauer Kremlführern an der Spitze ein demagogisches Geschrei erheben. Es zeigt, daß sie sich in ihren Lügen ertappt fühlen, daß insbesondere die sowjetischen Sozialimperialisten ihre Pläne nach Vorherrschaft über die Welt entlarvt, gefährdet und durchkreuzt sehen.

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06–466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Tel.: 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: NAV GmbH 1 Westberlin 36, Erscheinungsweise wöchentlich samstags, Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement 30 DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Kaufhausbau in Marburg

Arbeiterleben bewusst aufs Spiel gesetzt!

Kaufhausbau auf dem Rücken der Arbeiter – schrieben wir im vorletzten ROTEN MORGEN über den Bau des Kaufhauses Ahrens in Marburg, bei dem ein Arbeiter getötet wurde. Einer der Arbeiter, der bei der Baufirma, die das Kaufhaus bauen ließ, arbeitete, berichtete uns jetzt genauer über die Methoden, mit denen diese Baufirma ihre Profite erzielte.

„Ich war am Bau des Kaufhauses Ahrens in Marburg durch eine große imperialistische Baufirma beteiligt. (500 Mio. DM Bauvolumen im Ausland; 300 Mio. Bauvolumen im Inland). In Marburg eingesetzt wurden ungefähr 45 Arbeiter aus der Zweigniederlassung in Kassel. **Während die deutschen Arbeiter eine Auslösung bekamen, wurde sie den ausländischen Kollegen vorenthalten, selbst wenn sie in Kassel einen festen Wohnsitz hatten.** Als sie sich dagegen wehrten, zwang man sie mit Entlassungsdrohungen, doch in Marburg zu arbeiten und so große finanzielle Mehrbelastungen auf sich zu nehmen.

In Marburg wurden die Arbeiter in Unterkunftsbaracken gepfercht. In diesen Baracken lebten jeweils 4-6 Arbeiter. Sie sind so groß, daß 2-3 Etagebetten, 1 Tisch, 4-6 Stühle und Spinde und außerdem ein Kühlschrank und (meistens defekte) Kochplatten darin Platz hatten. 50 m entfernt von diesen Wohnbaracken stand ein Toilettenwagen, der für 45 Arbeiter sage und schreibe 3 Waschbecken und 2 Toiletten enthielt. Für diese noch dazu zugigen und schlecht beheizbaren Baracken wurden den Arbeitern pro Tag 2,50 DM vom Lohn abgezogen. **Wegen dieser menschenunwürdigen Unterkunft kam es unter den Kasseler Arbeitern wiederholt zu Weigerungen, in Marburg zu arbeiten. Unter den Arbeitern in Marburg selbst konnten dann durch geschlossenen Kampf verschiedene Forderungen durchgesetzt werden – z. B. neue Öfen und eine Reinigung der Baracken zweimal in der Woche.**

Da die Bautermine sehr kurzfristig angesetzt waren, stellte die Firma zusätzlich noch Arbeiter aus Marburg ein, die nach Fertigstellung des Kaufhauses auf die Straße gesetzt wurden. Gleichzeitig ließen die Kapitalisten mindestens 10 Stunden arbeiten. Mit Prämienversprechungen oder direkter Erpressung wurden einige Kollegen dazu gebracht, 14 oder 16 Stunden zu arbeiten. Als aber die Prämie nicht gezahlt wurde und einem Kranführer nach 13 Stunden Arbeit schwarz vor Augen wurde, weigerten sich immer mehr Kollegen, mehr als 10 Stunden zu arbeiten.

Kein Wunder, daß sich bei dieser Arbeitshetze die Unfallgefahr ungeheuer erhöhte. So entgingen mehrere Arbeiter nur durch ihre schnelle Reaktion schweren Verletzungen, als bei einem Kran, von dem die Poliere und Ingenieure wußten, daß er defekt war, der Zughaken gegen den Ausleger knallte, worauf das Zugseil riß und Zughaken, Seil und tonnenschweres Eisen aus 30 m Höhe auf die Baustelle heruntersausten. **„Wie bei einem Bombenangriff", war die Meinung der Kollegen und aus Protest wurde in den nächsten Tagen langsamer gearbeitet.**

Einige Wochen später brach ein 5 Tonnen schwerer Betonbalken, der an einem Kran angehängt war, in der Mitte durch und stürzte auf die Baustelle herab. Nur durch schnelles Handeln konnten sich hier die Kollegen vor dem Tod retten. Schuld an diesem „Unglück" war, daß die von den Kapitalisten gekauften Poliere und Ingenieure die Stahlbetonbalken bereits nach 12 Stunden statt wie vorgeschrieben nach 6 Tagen aus der Verschalung gehoben hatten. Für den Profit der Kapitalisten wurden Arbeiterleben bewußt aufs Spiel gesetzt!

Schließlich passierte es dann: ein italienischer Zimmermann stürzte aus dem 4. Stockwerk und war sofort tot. Ermordet durch die kapitalistische Arbeitshetze. Natürlich hieß es: „Sämtliche Sicherheitsvorschriften wurden eingehalten." Aber jeder Bauarbeiter weiß das Gegenteil über die „Einhaltung von Sicherheitsvorschriften" zu berichten.

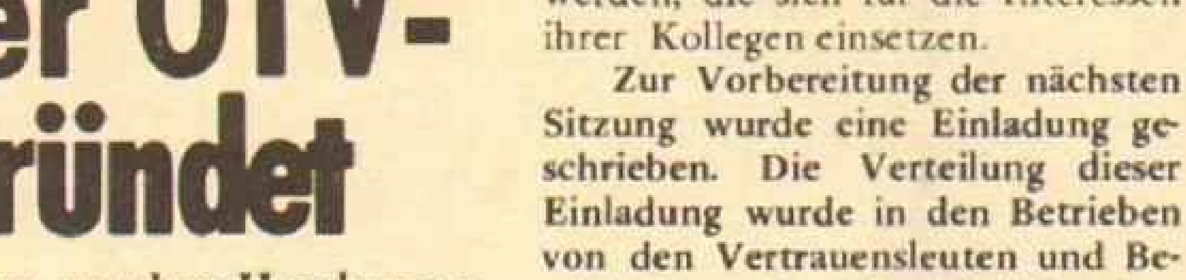
So wurden die Kollegen auf einer Kasseler Baustelle gezwungen, weiterzuarbeiten, obwohl ein Sturm tobte. „Dieses bißchen Wind wirft doch keinen Mann um", hieß es, als ein Kranführer die Poliere aufforderte, sofort den Baubetrieb einzustellen. Kurze Zeit später riß dann der Sturm einen jungen Bauarbeiter von einem Gerüst – in den Tod. Die Kollegen haben aus Empörung über dieses Verbrechen mehrere Tage nicht gearbeitet.

Vielleicht wird jetzt mancher Kollege einwenden: „Aber da gibt es doch den Staat mit **Bauaufsichtsbehörde und Sicherheitsbeamten". Sicher gibt es sie, aber dieser Staat ist eben ein Staat der Kapitalistenklasse.**

So hatte ein „Sicherheitsbeauftragter" zwei Tage vor dem Tod des italienischen Zimmermanns in Marburg die Baustelle besichtigt und erklärt, daß alle Sicherheitsvorschriften eingehalten würden.

Auf einer Kasseler Baustelle war einem anderen „Sicherheitsbeauftragten" aufgefallen, daß die Kollegen im 8. Stockwerk frei – ohne Sicherheitsgurte – arbeiteten. Er verlangte Sicherheitsgurte zu sehen, aber es waren keine vorhanden. Eine Woche später kam er wieder – zur Kontrolle. Diese Kontrolle bestand darin, daß er sich auf ebener Erde Sicherheitsgurte zeigen ließ. Was er sich nicht ansah, war, wie die Kollegen inzwischen im 9. Stockwerk arbeiteten – nämlich noch immer ohne Sicherheitsgurte! Nur auf den Druck der Kollegen: „Wir riskieren doch nicht den Kopf für die Aktionäre" – wurden dann die Gurte installiert. **Und das ist auch die Erfahrung vieler Kollegen: jedes Stück Sicherheit im Kapitalismus muß den Kapitalisten abgetrotzt, muß erkämpft werden!**

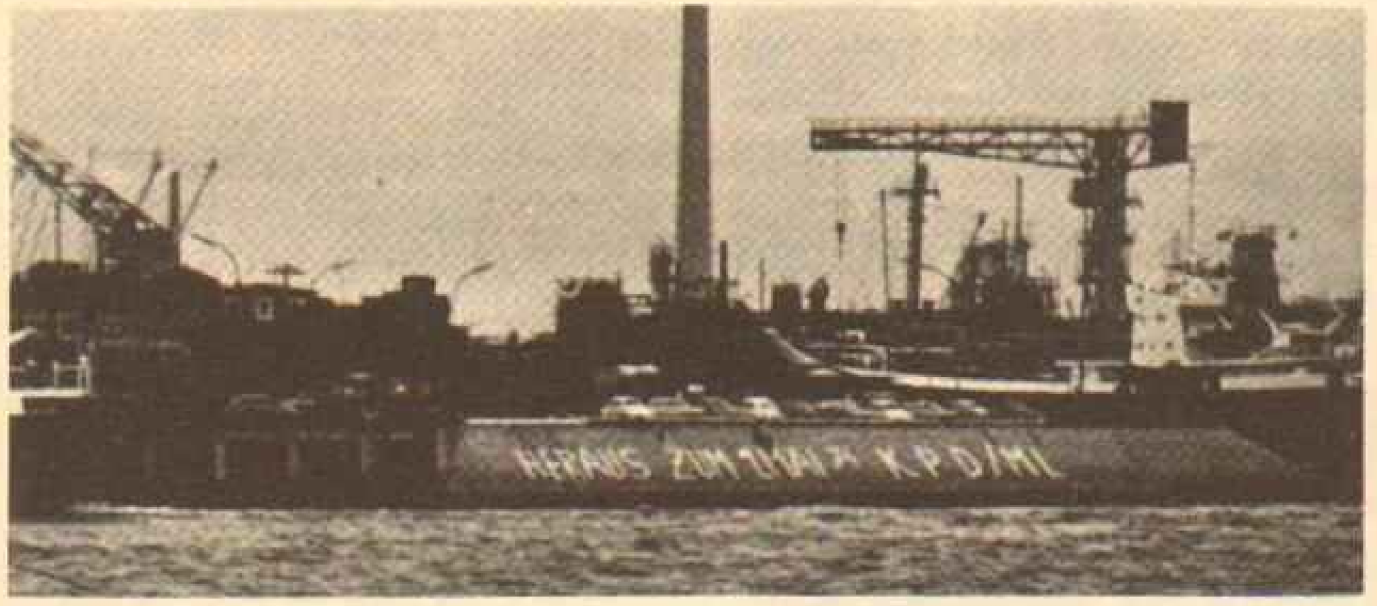
Arbeitskreis gegen den Willen der ÖTV-Bonzen gegründet



„Auf Initiative einiger jüngerer Kollegen aus dem Hamburger Hafen wurde in Hamburg die Initiative für einen Arbeitskreis Hafen der ÖTV gebildet. Zur ersten Sitzung erschienen ungefähr 30 Kollegen aus verschiedenen Hafenbetrieben von Lehrlingen bis zu älteren Kollegen. Die ÖTV-Jugendsekretärin tat zunächst so, als wolle sie diese Initiative unterstützen. Einer ihrer Handlanger nahm an der ersten Sitzung teil.

Auf dieser ersten Sitzung erfuhren wir von einem Kollegen des Arbeitskreises Transport der ÖTV, daß die Bezirksverwaltung alle Arbeitskreise zum 31. 12. 1974 aufgelöst hat. Offiziell bekanntgegeben wurde dieser Beschluß nicht. Die Bezirksverwaltung will ihn wahrscheinlich so durchsetzen, wie es ihr gerade opportun erscheint. Die anwesenden Kollegen aus dem Hafen waren darüber sehr empört. Sie sahen gleich einen Zusammenhang zwischen der Lohnraubpolitik der Gewerkschaftsführung und ihren Versuchen, den Zusammenschluß der Kollegen zum Kampf für ihre Interessen zu unterdrücken.

Der Vertreter des ÖTV-Apparates ließ dann während der Sitzung eine Liste herumgehen, in die sich jeder mit Adresse und Betrieb eintragen sollte – angeblich um die spätere Kontaktaufnahme zu erleichtern. Anschließend versuchte der gleiche Vertreter des ÖTV-Apparates, die Gründung des Arbeitskreises zu verhindern mit Argumenten wie: die Jugendsekretärin sei nicht anwesend; es sei überhaupt nur ein Arbeitskreis für Lehrlinge vorgesehen.



Heraus zum 1. Mai 74 – KPD/ML – Parole der Partei im Hamburger Hafen

Da den Kollegen aber die Probleme im Hafen auf den Nägeln brannten, ließen sie sich davon nicht beeindrucken. Sie waren entschlossen, sich nicht in jung und alt spalten zu lassen und ihre Arbeit nicht vom Segen der Gewerkschaftsfunktionäre abhängig zu machen.

Die Kollegen stellten sich dann die Aufgabe, gegen Lohnraub, Arbeitshetze und Unfallgefahr zu kämpfen und gegen die schlechten Arbeits- und Ausbildungsbedingungen der Lehrlinge. Es soll der Kampf gegen die Zersplitterung der Hafenarbeiter aufgenommen werden und für Mitgliederversammlungen in den Hafenbetrieben, für gewerkschaftliche Betriebsgruppen und für Vertrauensleute gekämpft werden, die sich für die Interessen ihrer Kollegen einsetzen.

Zur Vorbereitung der nächsten Sitzung wurde eine Einladung geschrieben. Die Verteilung dieser Einladung wurde in den Betrieben von den Vertrauensleuten und Betriebsräten, die offensichtlich schon gut über den Arbeitskreis informiert waren, aktiv behindert.

Trotzdem erschienen zur nächsten Sitzung wieder 30 Kollegen. Der Handlanger der Jugendsekretärin fehlte allerdings diesmal und mit ihm die Adressenlisten. Sie werden wahrscheinlich in der Kartei der Bezirksverwaltung für oppositionelle Kollegen eingearbeitet sein.

Die Kollegen sind jedoch weiter entschlossen, ohne und gegen den Gewerkschaftsapparat die Arbeit aufzunehmen und sich ihre gewerkschaftlichen Rechte nicht kampflos nehmen zu lassen. In der nächsten Woche wird sich der Arbeitskreis Hafen mit einer Gründungserklärung an die Kollegen im Hafen wenden. Das ist ein einhelliger Beschluß aller anwesenden Kollegen. Was die ÖTV-Führung jetzt auch tun wird, sie wird sich weiter isolieren."



Auswahl des Richters eine Provokation
Arbeitsgerichtsprozeß geplatzt

Beim Arbeitsgerichtsprozess der Genossin Anna Sch. gegen ihre Entlassung durch die Thyssenkapitalisten, weil sie angeblich „aktives Mitglied der KPD/ML" sei, glich das Gerichtsgebäude einer Polizeifestung. Vor der Eingangstür standen mindestens ein Dutzend zivile Schläger und zwei Mannschaftswagen Uniformierte bereit. Im Gericht selbst konnten die Freunde und Genossen, die den Prozess besuchen wollten, den Verhandlungssaal nur durch ein Spalier von Polizisten erreichen. Alle Besucher, selbst die 50jährige Mutter eines als Zeugen geladenen Jungwerkers, wurden durchsucht. Dieses ganze Polizeiaufgebot war auf ausdrückliche, eigenhändige Anordnung des Vorsitzenden der Verhandlung, des Richters Rietschl, erschienen.

Die Bestellung dieses Mannes zum Vorsitzenden der Verhandlung war von vornherein eine Provokation der bürgerlichen Klassenjustiz. Dieser Richter hatte den Vorsitz im Arbeitsgerichtsprozess des Genossen Hanfried Brenner gegen die Mannesmannkapitalisten geführt. **Indem er sich feige hinter der Tür seines Amtszimmers versteckte, hatte er damals den Zivilschlägern der Polizei das Zeichen für ihren brutalen Überfall auf die Prozessbesucher gegeben, bei dem Genosse Günter Routhier so schwer mißhandelt wurde, daß er vierzehn Tage später starb.**

Eine Verhandlung unter dem Vorsitz dieses Richters konnte die Genossin nicht hinnehmen. An dem Befangenheitsantrag, den sie gegen Rietschl stellte, platzte dann schließlich auch der Prozeß. „Rein privat" erklärte Rietschl dann nach der Verhandlung, daß alle Richter in Prozessen, in denen es um die KPD/ML geht, befangen seien und enthüllte damit das Gesicht der bürgerlichen Klassenjustiz, die Recht nicht im Namen des Volkes, sondern im Namen der Ausbeuter spricht.

Raub des Fahrkostenausgleiches geplant

In einem Extrablatt ruft die Betriebszeitung der KPD/ML für die Hamburger Werften „Frischer-Wind" die Kollegen von HDW zum Kampf gegen den geplanten Raub des Fahrgeldzuschusses auf. Was war passiert?

Am 1. Januar hatte der Hamburger Verkehrsverbund die Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr drastisch erhöht. Um diesen Lohnraub wieder wettzumachen, besorgte sich eine Reihe von Kollegen einen Antrag auf Fahrgeldzuschuß, denn in einer Betriebsvereinbarung ist festgelegt, daß alle Fahrkosten, die 40,– DM (bei Lehrlingen 20,– DM) übersteigen, von den Kapitalisten zurückerstattet werden.

Allerdings ist diese Vereinbarung schon vor längerer Zeit geschlossen worden, als selbst eine 6-Zonenkarte noch weniger als 40,– DM kostete. Die HDW-Kapitalisten wie der Betriebsrat dachten damals überhaupt nicht daran, der Masse der Kollegen einen Fahrkostenausgleich zu geben, es ging ihnen lediglich darum, Arbeitskräfte aus Niedersachsen zu ködern. Inzwischen sind jedoch die Fahrpreise seit 1971 um 70% in die Höhe geschossen, so daß heute bereits Kollegen mit einer 4-Zonenkarte über die 40,– DM-Grenze kommen.

Grund genug für den Betriebsrat, die Vereinbarung so geheim zu halten, daß sie vielen Kollegen gar nicht bekannt war, denn wenn alle Kollegen jetzt Anträge stellen würden, müßten die Kapitalisten jährlich über 1/4 Million DM zahlen. Als mehrere Kollegen jetzt Anträge stellen wollten, gab es sie „plötzlich" nicht mehr, „wußten" viele Vertrauensleute von einer Vereinbarung „gar nichts". Schließlich kam heraus, daß sich der Betriebsrat der Sache „schon angenommen" hat, daß er nämlich mit den Kapitalisten über die Erhöhung der 40,– DM-Grenze verhandelt. Der „Frische Wind" ruft die Kollegen gegen diesen Angriff der Kapitalisten und des Betriebsrates auf, sich im Kampf gegen den geplanten Raub des Fahrgeldes zusammenzuschließen.

Arbeiter werden erpreßt

Heute erzählte mir ein junger Elektriker auf der Klöckner-Hütte in Bremen folgendes: Er stammt aus Emden in Ostfriesland. In dieser kleinen Stadt sind allein 84 Elektriker als Arbeitslose registriert. Nachdem er 4 Wochen gestempelt hatte, wies ihm das Arbeitsamt drei Stellen zu, von denen er eine nehmen mußte, wolle er nicht sein Stempelgeld verlieren. Diese Stellen waren:

Vulkan-Werft in Bremen, AG Weser in Bremen, Klöckner-Hütte in Bremen. Außerdem hätte er noch auf Howaldt in Kiel arbeiten können.

Der Kollege wohnt nun in einem Wohnheim von Klöckner und fährt zweimal pro Monat 180 km nach Hause. Er führt ein Leben wie auf Montage, nur daß er keine Auslösung erhält. Wie er sagte, werden auf den Arbeitsämtern in Ostfriesland z. Zt. zahlreiche unverheiratete Arbeiter auf diese Weise erpreßt, ihre Heimat zu verlassen. So stellte die Vulkan-Werft in Bremen, bekannt für ihre niedrigen Löhne, ebenfalls eine große Zahl ungelernter Arbeiter aus Ostfriesland ein.

Bei VW in Emden gab es vor Weihnachten „freiwillige" Kündigungen gegen Abfindungen von 5.000 DM. Die Kollegen, die kündigten, blieben erst mal ohne Arbeit. Auf dem Arbeitsamt erfuhren sie: 4 Wochen kein Stempelgeld, weil sie selbst gekündigt haben. Und danach? Da wurde das Stempelgeld dann kräftig gekürzt, weil ja eine Abfindung gezahlt wurde.

Rot Front
ein Sympathisant aus Bremen

Revisionistisches

D„K"P-LEHRERIN TREIBT BERUFSVERBOT VORAN

Einem Wittener Lehrerreferendar droht ein Berufsverbot. Ihm wurde von der zuständigen Schulbehörde in Arnsberg erklärt, man habe erhebliche Zweifel, ob der Referendar jederzeit bereit ist, die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" zu verteidigen.

Was war geschehen? Um die Wahrheit über die Ermordung des Genossen Günter Routhier zu verbreiten, hatte die KPD/ML in der Dortmunder Innenstadt eine Kundgebung abgehalten. Der Wittener Referendar hatte protestiert, als zivile Polizisten zwei Verkäufer des ROTEN MORGEN überfielen und war mit ihnen festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt worden.

Von diesem Vorfall erzählte der Referendar unter anderem seiner Fachleiterin in Deutsch. Das war allerdings ein Fehler, wie sich bald herausstellte. Denn diese Fachleiterin erwies sich als treue Streiterin der D„K"P gegen die „Maoisten". Sie benotete den Referendar prompt bei der Prüfung mit einer 5 „im ganzen".

Diese Maßnahme der D„K"P-Fachleiterin, die auf nichts anderes als eine hinterhältige Form des Berufsverbots hinausläuft, stieß allerdings auf den Widerstand einer Reihe von Lehrerreferendaren. Mit ihrer Unterstützung und mit der Unterstützung der Schüler gelang es bisher, eine Entlassung des Kollegen zu verhindern. Er bestand die Prüfung.

ZU HAUSE EIN GRUNDIG-FARBFERNSEHER

Die neue Bourgeoisie in der DDR kann man unter anderem an den Ölheizungen in ihren Villen erkennen. Heizöl ist in der DDR unverhältnismäßig teurer als in Westdeutschland. (Es kommt aus der Sowjetunion durch die „Pipeline der Freundschaft" und wird im Erdölkombinat Schwedt weiterverarbeitet.) Kürzlich ließ sich der Großbonze Gerhard Grüneberg (Politbüromitglied) aus Lehnin Bezirk Potsdam, seine neue Ölheizungsanlage, die übrigens aus Westdeutschland importiert werden mußte, einbauen. Als der Monteur die Wohnung betrat, bemerkte er zu seinem Erstaunen einen Grundig-Farbfernseher. „Aber Herr Grüneberg" sagte er, „der hat doch bloß PAL-System und wir haben in der DDR SECAM. Mit dem können Sie doch bloß Westsender sehen!" Grüneberg errötete und sagte verlegen: „Ja, bei uns wird aber nächstens auch PAL eingeführt. Ich habe schon vorgesorgt." Das war natürlich nur eine fadenscheinige Notlüge. Die Sowjetunion hat das SECAM-System eingeführt und die DDR ist Zwangsmitglied in der sowjetischen „Intervision". Die DDR würde es niemals wagen, da eine eigene Entscheidung zu treffen.

REVISIONISTEN AGITIEREN GEGEN STREIK

Der „M"SB in Bochum übte in einem Flugblatt an die Studenten der Fachhochschule für Sozialarbeiter „Selbstkritik". Hauptpunkt dieser „Selbstkritik" ist, daß der „M"SB eingesehen hat, daß es falsch ist, wenn Studenten für die Durchsetzung ihrer Interessen streiken. Nach Ansicht der Revisionisten kann ein Streik der Studenten wie im Moment gegen das reaktionäre Hochschulrahmengesetz nur zwei Ergebnisse haben: entweder würden bei den Studenten Illusionen über kurzfristige Erfolgsmöglichkeiten geschürt, oder es würde Resignation gezüchtet, wenn es dauernd Mißerfolge gäbe.

Wer diese „Argumente" nicht einsehen will, dem führen die Revisionisten ein Rechenexempel vor: gegenwärtig würden sich 4 500 Studenten von Fachhochschulen für Sozialarbeiter im Streik befinden, das aber seien nur 10% der Fachhochschüler in NRW. Allerdings sind diese Zahlen, nicht wie die Revisionisten zeigen möchten, ein Beweis für die ablehnende Haltung der Studenten zum Streik, sondern für ihren eigenen Kampf gegen den Streik an den Fachhochschulen. Sie waren es schließlich auch in Bochum, die mit allen Tricks einen schon bestehenden Vollversammlungsbeschluß über einen Streik hintertrieben haben.

Die „Alternative" der Revisionisten zum Streik gegen Hochschulrahmengesetz und Prüfungsordnung: Infostand in der Innenstadt, Podiumsdiskussion mit DGB-Vertretern, Abgeordneten, „S"DAJ Mitgliedern und eine Demonstration zu diesen Abgeordneten. Deutlicher können die modernen Revisionisten vom „M"SB ihren Verrat am Kampf für die Durchsetzung der Interessen der Studenten gegen den bürgerlichen Staat allerdings kaum zeigen.

"Förderung" der Lehrlingsausbildung

Millionen für die Kapitalisten!

Die „Reform der beruflichen Bildung", eine Ausbildung der werktätigen Jugend, losgelöst vom „engstirnigen Profitdenken" versprechen SPD und FDP, seit sie die Regierungsgeschäfte für das Kapital übernommen haben. Mittlerweile allerdings wird diese Parole von vielen Jugendlichen als pure Provokation aufgefaßt. Nicht nur, daß die Regierung sofort in ihrem ersten Amtsjahr das neue Berufsbildungsgesetz durchsetzte, das mit dem Stufenplan die Berufsausbildung im Interesse der Kapitalisten rationalisierte und den überwiegenden Teil der Lehrlinge zu einer Lehre ohne anschließenden Facharbeiterbrief verurteilte. Heute stehen den schönen Worten der Regierung in Bonn tausende von Jugendlichen gegenüber, die nach dem Schulabschluß überhaupt keine Lehrstelle bekommen, die, weil sie noch kein halbes Jahr gearbeitet haben, auch keinen Pfennig Arbeitslosengeld erhalten. Heute stehen ihnen tausende von Lehrlingen gegenüber, die nach ihrer Lehre keinen Arbeitsplatz finden. Und der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen an der Gesamtarbeitslosenzahl von mittlerweile einer Million wächst ständig.

In dieser Situation haben die Kapitalistenverbände in einem Brief an den Bundeskanzler eine stärkere Unterstützung der betrieblichen Berufsausbildung gefordert und gleichzeitig verlangt, daß die Anforderungen an die Bildungsinhalte heruntergeschraubt werden sollen. Mit anderen Worten: die Kapitalisten wollen noch billiger als bisher profitbringende Arbeitskräfte und wollen sie sich gleichzeitig noch vom Staat subventionieren lassen. Demagogisch versprechen sie, unter „diesen Bedingungen" dann auch 40 000 neue Lehrplätze schaffen zu können. Was von diesem „Versprechen" zu halten ist, kann man schon daran sehen, daß die einzige Garantie darin besteht, daß die Kapitalisten sich in Zukunft besser überlegen wollen, ob sie Lehrlinge einstellen oder nicht. Ob sie das tun oder nicht, bestimmt aber einzig und allein ihr Interesse, in der Krise ihre Profite halten zu können. Und das wird wie bisher mit Entlassungen, Rationalisierung und Lohnraub auch an der Arbeiterjugend geschehen.

Die modernen Revisionisten der D„K"P, aber auch der DGB haben mit lauten Protesten auf diesen Brief der Kapitalisten reagiert. Sie suchen mit diesem Brief zu „beweisen", daß die wachsende Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen nicht das Ergebnis der kapitalistischen Krise ist, sondern der „böse Wille" einiger Kapitalisten, die die Jugendlichen mit einer „künstlichen Lehrstellenknappheit" unter Druck setzen und ihren Kampf für eine bessere Berufsausbildung verhindern wollen. Die Revisionisten geben auch vor zu wissen, warum dieser Kapitalistenbrief gerade jetzt geschrieben wurde: weil nämlich noch in diesem Jahr das Gesetz zur Berufsbildungsreform der Regierung im Bundestag verabschiedet werden soll.



Also ein erbitterter Kampf zwischen Kapitalisten und Staat um die Ausbildung der Jugend? Es ist in Wirklichkeit eine Lüge, daß zwischen den Kapitalisten und der Regierung in Bonn grundsätzliche Widersprüche über die Berufsausbildung bestehen. Das Märchen von der „Erpressung" der Regierung durch die Kapitalistenverbände dient nur dazu, die Regierung in Schutz zu nehmen, die inzwischen immer offener zugibt, daß an die Stelle der Diskussion um die „Inhalte" der Berufsausbildung erst mal die Diskussion um die „Finanzierung" der Berufsausbildung treten müsse. Für diese Finanzierung der Berufsausbildung, die nichts anderes ist als die Bezahlung der „Herstellungskosten" der Ware Arbeitskraft, aus der die Kapitalisten später ihren Profit ziehen sollen, hat die Bundesregierung bereits jetzt 150 Millionen für sogenannte überbetriebliche Lehrwerkstätten zur Verfügung gestellt.

Fest steht allerdings auch, daß dieser „Schlager" der Bundesregierung, die Einrichtung von überbetrieblichen Lehrwerkstätten (bisher 45 000), aus denen vor allem kleine und mittlere Betriebe praktisch umsonst ausgebildete Arbeitskräfte erhalten konnten, keine Zukunft mehr hat. Denn sie sind in der Krise nichts als ein Unkostenfaktor für den kapitalistischen Staat, da einerseits die Gefahr zu groß ist, daß sie Arbeitskräfte ausbilden, die hinterher gar nicht von den Kapitalisten eingestellt werden und andererseits die Ausbildung der Jugendlichen nicht auf den aktuellen Bedarf der Kapitalisten an bestimmten Qualifikationen abgestimmt werden kann, wie es bei der betrieblichen Berufsausbildung für die Kapitalisten möglich ist.

Aus diesem Grund hat die Regierung inzwischen längst einen „Schwenk" zur Förderung der betrieblichen Bildung gemacht. Völlig zu Recht berufen sich die Kapitalisten in ihrem Brief in diesem Punkt auf die Übereinstimmung mit „allen verantwortlichen Kräften". „Förderung" aber bedeutet natürlich auch hier, daß die Kapitalisten Geld bekommen. Längst ist beschlossen, daß alle Betriebe, die Lehrlinge ausbilden, eine „Entschädigung" erhalten sollen. Die Frage ist nur noch, auf welche Weise es den Werktätigen aus der Tasche gezogen werden soll.

Wenn die modernen Revisionisten den Jugendlichen angesichts der Jugendarbeitslosigkeit das „Eingreifen des Staates" und seine Pläne zur Berufsbildungsreform als Ausweg anbieten, dann wollen sie ihnen in Wirklichkeit damit den revolutionären Klassenkampf gegen das kapitalistische System versperren und das stärkere Eingreifen des Staates in die Berufsausbildung zugunsten der Kapitalisten auch noch mit einem fortschrittlichen Anstrich versehen.

"Der Druckereiarbeiter"

Bürgerliche Ideologie in Berufsschulbüchern

Vorsicht Falle! – So lautet die Überschrift in einem Artikel der ROTEN GARDE in der Betriebszeitung „Der Druckerei-Arbeiter" für die Bruckmannbetriebe in München. Die Genossen gehen hier auf einige „Lehren" ein, die den Jugendlichen in der Berufsschule eingetrichtert werden sollen.

„Zum Teil verdeckt, wie auch ganz offen soll in der Berufsschule die bürgerliche Ideologie in die Arbeiterjugend getragen werden. Wir sollen uns den Kopf zerbrechen, was für Ausgaben doch so ein Kapitalist hat. Und was für ein Risiko! Wir sollen es für selbstverständlich halten, daß wir unsere Arbeitskraft verkaufen müssen, daß die Kapitalisten sich die Produkte unserer Arbeit aneignen und den Mehrwert einsäckeln." Wir drucken im Folgenden einige Beispiele von Sprüchen aus Lehrbüchern der Berufsschule und den Kommentar der ROTEN GARDE ab:

„Nur in Gemeinschaften können wir Menschen uns entfalten. Der Betrieb ist so eine Gemeinschaft." – *Auf solche Gemeinschaften können wir allerdings verzichten – wo die Arbeiterklasse alles produziert und sich die Kapitalistenklasse alles aneignet.*" – „Wozu wird der Gewinn verwendet? Unternehmer verwenden den Gewinn zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse. Einen Teil müssen sie investieren." – *„Da würden sie ganz schön in Schwierigkeiten kommen, wenn sie das alles verfressen und versaufen würden. Sie setzen die Profite wieder ein, um die Ausbeutung zu verstärken, immer bestrebt, eine Monopolstellung zu erringen."* – „Kapital entsteht durch Sparen. Die durch Konsumverzicht ersparten Geldmittel... – *„Man kann sie sich so richtig gut vorstellen (die Kapitalisten): abgemagert und abgezebrt."* – „Der Gewinn des Unternehmers ist das Entgelt für den Einsatz seines Kapitals, seiner Arbeitskraft und für das Risiko, das er auf sich genommen hat." – *„Da kann man bloß sagen: weder sein Kapital, noch Arbeitskraft, noch Risiko."* – „Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern (DGB-Gewerkschaften und Kapitalisten) enden gewöhnlich mit einem Kompromiß." – *„Da haben sie zum Schluß auch mal recht: allerdings mit einem faulen Kompromiß auf unserem Rücken!"*

Nr.1/75

DER DRUCKEREI ARBEITER



Vom Aufbau des Sozialismus

Montage der Schienenstrecke Fieri-Ballsh geschafft!

Die albanischen Eisenbahnen sind das Werk der Jugend des Landes. Wenn Albanien heute von Ost nach West, von Norden nach Süden von Eisenbahnlinien durchzogen ist, so ist das die Frucht der freiwilligen Arbeit und der Mühe der albanischen Jugend für den Aufbau ihrer sozialistischen Heimat. An den Aktionen mit freiwilligem Einsatz beteiligten sich beim Bau der Eisenbahnlinie von Elbasan nach Prrenjas z. B. 140 000 Jugendliche aus allen Teilen Albaniens.

Gegenwärtig ist die Eisenbahnstrecke von Fieri nach Ballsh im Bau die das dortige große Erdölverarbeitungswerk, das in diesem Jahr in Betrieb genommen wird, mit dem nationalen Eisenbahnnetz verbinden soll. In den ersten Tagen des neuen Jahres wurde nun die vollständige Montage der Schienen auf der gesamten Länge (29,1 km) der Strecke vollendet, während gleichzeitig die ersten Freiwilligen dieses Jahres aus Tirana und Shkodra an der Baustelle eintrafen. Insgesamt haben sich am Bau der Strecke von Fieri nach Ballsh bis jetzt schon 19 000 Jugendliche beteiligt

Welch gewaltiges Werk die Jugendlichen der verschiedenen Generationen in den Jahren seit der Befreiung Albaniens und des Sieges der Volksrevolution vollbracht haben, wird klar, wenn man bedenkt, daß Albanien damals das einzige Land in Europa ohne jegliche Eisenbahnverbindung war.

Die Aktionen mit freiwilligem Einsatz sind heute in Albanien zu einem festen Bestandteil des Lebens der Jugend geworden. In ihnen kommt die Liebe der albanischen Jugend zu ihrer sozialistischen Heimat zum Ausdruck, sie zeigen die Begeisterung und den revolutionären Elan, mit dem die Jugendlichen an die Werke des sozialistischen Aufbaus gehen. Allein die Tatsache, daß die Partei der Arbeit Albaniens, die Regierung der VR Albaniens und das ganze albanische Volk ihre Jugend mit solchen wichtigen Projekten betrauen, beweist die enge Verbundenheit, die Einheit zwischen der Partei der Arbeit, der Volksmacht und der albanischen Jugend. Dadurch, daß an der Seite der Jugendlichen auch Arbeiter und Techniker, kommunistische Veteranen, Rentner und Militärangehörige arbeiten, festigt sich die Verbundenheit der Werktätigen von Stadt und Land, die Einheit zwischen geistig und körperlich arbeitenden, die Bande zwischen den Generationen.

Vor allem aber stählt sich die albanische Jugend in den Aktionen mit freiwilligem Einsatz mit hohen moralischen Eigenschaften. Hier wird die Jugend in der Liebe zur Arbeit und zum Kollektiv erzogen, sie gewinnt Vertrauen in ihre eigene Kraft und wird sich bewußt, daß sie, die junge Generation die Errungenschaften der Revolution und des Sozialismus unermüdlich verteidigen und weiterentwickeln muß. So bilden die Aktionen einen wichtigen Bestandteil im Kampf für die Schaffung eines neuen Menschen, eines Menschen, der wie Genosse Enver Hoxha sagte, gestählt ist ***„mit kommunistischer Moral und kommunistischen Eigenschaften. Ein Mensch, der fähig ist, den Sozialismus aufzubauen und seine Errungenschaften bis zuletzt zu verteidigen. In der Arbeit, in der Schule, in den Aktionen, beim Aufbau der Werke der Fünfjahrpläne werdet Ihr, Mädchen und Jungen, wie im Feuer gehärtet. Ihr gewinnt das Bewußtsein, unter der Führung der Arbeiterklasse und der Partei unermüdlich für das Gedeihen und die Verteidigung unseres sozialistischen Vaterlandes zu kämpfen."***

Teil 2

Imperialismus bedeutet Krieg

Droht ein neuer Weltkrieg? – Die Ereignisse auf Cypern und im Nahen Osten u.a., das verschärfte Wettrüsten der imperialistischen Mächte, insbesondere der beiden Supermächte, haben dazu geführt, daß diese Frage die Werktätigen aller Länder immer stärker bewegt. In der letzten Nummer des Roten Morgen begannen wir die Artikelfolge „Imperialismus bedeutet Krieg" mit der Darlegung der wichtigsten politischen und ökonomischen Gesetze des Imperialismus, die die imperialistischen Kriege hervorrufen. Der imperialistische Krieg ist der Kampf der imperialistischen Großmächte um die Neuaufteilung der Welt, um Rohstoffe, Absatzmärkte und Kapitalanlagemöglichkeiten. Das wurde besonders am Beispiel der beiden vergangenen imperialistischen Weltkriege gezeigt. Wie aber sieht es heute aus? Gilt der Satz „Imperialismus bedeutet Krieg" noch oder haben sich in dieser Frage seit dem 2. Weltkrieg entscheidende Veränderungen ergeben, die eine friedliche Entwicklung des Imperialismus möglich erscheinen lassen?

Letzteres, die Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung des Imperialismus, behaupten die modernen Revisionisten. So heißt es in einem Brief, den Chruschtschow und Konsorten im März 1963 an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas schrieben: „Das wachsende Übergewicht der Kräfte des Sozialismus über die des Imperialismus, der Kräfte des Friedens über die des Krieges führt dazu, daß noch vor dem endgültigen Sieg des Sozialismus auf der Erde, bei der Existenz des Kapitalismus in einem Teil der Welt, die reale Möglichkeit entsteht, einen Weltkrieg aus dem Leben der Gesellschaft auszuschließen." Und am 8.1.75 behauptet Albert Norden, Politbüromitglied und ZK-Sekretär der 'S'ED, in einem Hetzartikel gegen die Volksrepublik China im 'S'ED-Zentralorgan Neues Deutschland: „Die große Schlacht um den Frieden, an deren Spitze die Kommunisten stehen, wurde in unseren Tagen von großartigen Erfolgen gekrönt – der Wende vom „kalten Krieg" zur internationalen Entspannung..."

Was Albert Norden als Erfolg „unserer Tage" feiert, ist in Wirklichkeit schon längst nicht mehr neu. Den Erfolg, den „friedlichen Imperialismus' entdeckt zu haben, können Chruschtschow und seine Nachbeter keineswegs für sich verbuchen. Wie in vielen anderen Punkten sind die modernen Revisionisten auch in dieser Frage Nachbeter der alten Revisionisten, der sozialdemokratischen Verräter der II. Internationale. So schrieb der Erzrevisionist Kautsky 1928: „Wenn man heute immer noch die Gefahr imperialistischer Kriege an die Wand malt, so beruht das auf einer überlieferten Schablone, nicht auf Betrachtungen unserer Zeit." 11 Jahre später wurde diese „überlieferte Schablone" für die Völker der Welt zur grausamen Wirklichkeit.

Was sind nun nach Ansicht der modernen Revisionisten die „neuen Bedingungen", die die Möglichkeit eröffnen, einen „Weltkrieg aus dem Leben der Gesellschaft auszuschließen". Sie behaupten, das Entstehen des sozialistischen Lagers nach dem 2. Weltkrieg sei eine solche Bedingung. Natürlich ist es so, daß mit der Entstehung des sozialistischen Lagers auch ein großer Sieg im Kampf gegen den imperialistischen Krieg errungen worden ist, eine bedeutende Stärkung für die Arbeiterklasse und die Völker der Welt im Kampf für den Frieden. Aber es ist keineswegs so, daß mit der Entstehung des sozialistischen Lagers der Imperialismus weniger aggressiv geworden wäre. Im Gegenteil: Die Einengung der imperialistischen Sphäre verschärft sogar die Rivalität unter den Imperialisten. Die Existenz des sozialistischen Lagers trieb die Imperialisten zur beschleunigten Bildung der Nato als aggressiven Militärblock gegen die sozialistischen Länder. Stalin, der zur Zeit der Entstehung des sozialistischen Lagers an der Spitze der internationalen Arbeiterklasse stand, hat an der zunehmenden Aggressivität des Imperialismus niemals einen Zweifel gelassen. Chruschtschow und seine Gefolgsleute, die nach Stalins Tod die Macht an sich rissen, die KPdSU und die Sowjetunion Lenins und Stalins und die Parteien und Länder Osteuropas auf den Weg des Revisionismus, der Restauration des Kapitalismus, zwangen und die ehemaligen Bruderländer versklavten – ausgerechnet sie, unter deren Führung das sozialistische Lager zerschlagen wurde, behaupten, die Stärke des „sozialistischen" Lagers könnte selbst die objektiven Gesetzmäßigkeiten des Imperialismus außer Kraft setzen. Sie behandeln die Frage des imperialistischen Krieges nicht mehr auf der Grundlage einer marxistisch-leninistischen Analyse des Imperialismus, sondern behaupten, es käme auf die „Vernunft" der Imperialisten an. **Als ob nicht der gesamte Verlauf der Geschichte lehrt, daß der imperialistische Krieg im Sinne des Imperialismus genau so vernünftig ist, wie es der Kampf gegen den imperialistischen Krieg im Sinne der Arbeiterklasse ist.**

Aber seit Chruschtschow mit Eisenhower und Kennedy erstmals die führenden Repräsentanten des Imperialismus als „vernünftig" gepriesen hat, gehört es zum Arsenal der revisionistischen Betrugsmanöver, den Imperialismus zu beschönigen, indem seine führenden Repräsentanten einfach dem „vernünftigen Flügel" zugerechnet werden. So schreibt auch Albert Norden in dem bereits erwähnten Hetzartikel: „Die Wende in den internationalen Beziehungen wurde möglich, weil die kapitalistische Welt zur Kenntnis nehmen mußte, daß es unmöglich ist, die historische Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus auf militärischem Weg zu lösen" und es „die weitsichtigsten und führenden Persönlichkeiten der bürgerlichen Länder für vernünftig (hielten), auf die Vorschläge der sozialistischen Länder in Bezug auf die friedliche Koexistenz zu reagieren." Norden zitiert hier Breschnew. Und wie die Lehrmeister in Moskau so tönen auch bei uns die D„K"P Revisionisten, daß die SPD-Regierung zum „vernünftigen Flügel" gehört.

Um ihre „Theorie' vom „friedlich gewordenen Imperialismus" glaubhafter erscheinen zu lassen, behaupten die modernen Revisionisten, mit der Entwicklung der Atomwaffen sei der imperialistische Krieg auch für die Imperialisten „unsinnig" geworden. So erklärten die Führer der KPdSU 1963 in einem offenen Brief: „Die Entwicklung von Raketen- und Atomwaffen in der Mitte unseres Jahrhunderts hat die früher gültigen Vorstellungen vom Krieg verändert... Heute kann jeder Krieg, selbst wenn er als gewöhnlicher, nicht als nuklearer beginnt, zu einem verheerenden Raketen- und Kernwaffenkrieg werden... Die Atombombe hält sich nicht an das Klassenprinzip." **Sicherlich ist mit der Entwicklung der Atomwaffen die Bedrohung, die für die Völker der Welt von einem Weltkrieg ausgeht, ungeheuer gewachsen. Für die Arbeiter aller Länder, für ihre kommunistischen Parteien und für die Völker der Welt erwächst daraus die Notwendigkeit, den Kampf gegen die imperialistische Kriegstreiberei entschlossen zu verstärken.** Die modernen Revisionisten aber behaupten das genaue Gegenteil: Die Vernichtungskraft der Atomwaffen hätten einen neuen imperialistischen Weltkrieg auch für den Imperialismus sinnlos gemacht, weil – wie Chruschtschow 1961 in einer Rundfunkansprache erklärte – „zweifellos das System des Kapitalismus .. an einem thermonuklearen Weltkrieg...unvermeidlich zugrunde gehen würde." Je gefährlicher die Waffen der imperialistischen Räuber also sind, desto ungefährlicher soll der Imperialismus sein? Auch diese „Theorie" haben Chruschtschow und Konsorten nicht frei erfunden, sondern ebenfalls von den alten Revisionisten übernommen. So „begründete" Kautsky seine Behauptung, es bestünde keine Gefahr imperialistischer Kriege mehr, 1932 u.a. wie folgt: „Der nächste Krieg bringt nicht bloß Not und Elend, sondern macht gründlich aller Zivilisation ein Ende und hinterläßt wenigstens in Europa nur rauchende Trümmer und verkohlte Leichen." Die alten und die modernen Revisionisten versuchen mit dieser „Theorie der Allmacht der Waffen" unter den Werktätigen die Illusion zu schüren, die Imperialisten würden nun selbst für Frieden eintreten. Kautsky behauptete: „Es (das Verlangen nach Frieden – RM) drängt zeitweise das eigentliche große Problem unserer Zeit (den Klassenkampf – RM) in den Hintergrund." Genauso argumentieren auch die modernen Revisionisten. Auch sie leugnen den Klassencharakter des imperialistischen Krieges. Sie wollen uns weismachen, daß ein Atomkrieg die internationale Arbeiterklasse, die unterdrückten Völker und die Imperialisten gleichermaßen bedroht. Aber wer soll denn Atomwaffen einsetzen, wenn nicht die Imperialisten? **Der Ausbruch des 2. Weltkrieges hat gezeigt, daß die Imperialisten sich durch die verheerende Wirkung nicht davon abschrecken ließen, im Kampf um die Neuaufteilung der Welt einen neuen Weltkrieg zu entfachen. Sie haben sich nicht einmal davon abschrecken lassen, die Atombombe einzusetzen.**

Die wirklichen Ziele, die die sowjetischen Sozialimperialisten mit der Verbreitung der Illusionen über den angeblich „friedlich" und „vernünftig" gewordenen Imperialismus verfolgen, treten klar zu Tage, wenn wir uns ein weiteres Argument der modernen Revisionisten für die Möglichkeit einer „friedlichen Entwicklung des Imperialismus" ansehen. In der sowjetischen Zeitung „Prawda" erklärte Chruschtschow am 10. September 1961: „Wir (die USA und die Sowjetunion) sind die mächtigsten Staaten der Welt. Wenn wir für den Frieden zusammenstehen, wird es keinen Krieg geben. Wenn es dann noch einen Besessenen gibt, der einen Krieg vom Zaun zu brechen versucht, sollte es genügen, wenn wir ihm mit dem Finger drohen, um ihn zum Schweigen zu bringen." Auch hier treten die modernen Revisionisten in die Fußstapfen der alten Revisionisten. 1937 – zwei Jahre vor dem Ausbruch des 2. Weltkrieges – schrieb Kautsky: „Die Vereinigten Staaten sind heute die stärkste Macht der Welt, sie machen den Völkerbund unwiderstehlich, sobald sie in ihm oder mit ihm zur Verhinderung eines Weltkrieges wirken." Die sowjetischen Sozialimperialisten haben den Renegaten Kautsky also nur dahingehend „weiterentwickelt", daß sie sich selbst neben dem US-Imperialismus zum „2. Garanten des Friedens" aufgeschwungen haben.



Und in der Tat reißt, seit Chruschtschow und Eisenhower sich in die Arme fielen, die Kette der Abrüstungs- und Entspannungskonferenzen nicht ab. Es vergeht kaum eine Woche, in der die beiden Supermächte nicht irgendwelche neuen „Friedensinitiativen" propagieren. Wenn man die „Friedensschwüre" dieser beiden Weltgendarme hört, könnte man glauben, daß über den „heißen Draht" Washington - Moskau tatsächlich die Weichen für das „Zeitalter des Pazifismus" gestellt werden. Aber die tatsächliche Lage in der Welt zeigt, daß für die „Friedensphrasen" der Imperialisten gilt, was Stalin bereits 1928 festgestellt hat und was durch die Geschichte längst bewiesen wurde: **„Manch einer glaubt, der imperialistische Pazifismus sei ein Instrument des Friedens. Das ist grundfalsch. Der imperialistische Pazifismus ist ein Instrument der Kriegsvorbereitung, er dient zur Bemäntelung dieser Vorbereitung mittels pharisäischer Friedensphrasen. Ohne diesen Pazifismus und ohne sein Instrument, den Völkerbund, ist die Vorbereitung von Kriegen unter den heutigen Verhältnissen unmöglich."** (Bd. 11, S. 178)

Das gilt auch für die gegenwärtige Lage in der Welt, die keineswegs durch die „Wende zur internationalen Entspannung", sondern durch den sich ständig verschärfenden Kampf der imperialistischen Großmächte um die Hegemonie in der Welt gekennzeichnet ist. Vor allem die beiden Supermächte, der US-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus ringen erbittert um die Vorherrschaft.

Der US-Imperialismus war aus dem 2. Weltkrieg als stärkste imperialistische Macht hervorgegangen. Nach und nach trat der US-Imperialismus auf allen Kontinenten das Erbe des britischen und französischen Kolonialismus an. Er errang die Vorherrschaft über Westeuropa, setzte die Teilung Deutschlands durch, um Westdeutschland zum Aufmarschgebiet gegen das sozialistische Lager zu machen. Als aggressiven Militärblock gegen die sozialistischen Länder baute er die Nato auf. Der US-Imperialismus war der Hauptfeind der Völker.

Aber nachdem die Chruschtschow-Clique in der Sowjetunion die Macht an sich gerissen und den Kapitalismus wieder errichtet hatte, entwickelte sich die Sowjetunion schnell zu einer sozialimperialistischen Macht (sozialistisch in Worten, imperialistisch in ihren Taten). Die Sozialimperialisten erstarkten durch die hemmungslose Ausplünderung der durch sie unterdrückten und militärisch besetzt gehaltenen revisionistischen Länder Osteuropas. Gleichzeitig erlitt der US-Imperialismus schwere Niederlagen – vor allem durch den Kampf der von ihm unterdrückten Völker, besonders der Völker Indochinas. Die Verteidigung seiner Herrschaft auf allen Kontinenten erforderte immer höhere Rüstungsausgaben, die seine Wirtschaft unterhöhlten und vor allem seine Währung immer mehr zerrütteten. Zudem wurde der US-Imperialismus durch das Anwachsen der Kämpfe der Volksmassen der USA erschüttert. Die schwarze Bevölkerung der USA und andere nationale Minderheiten, die besonders ausgebeutet und unterdrückt werden, erhoben sich. Eine breite Bewegung der US-Jugend kämpfte gegen die US-Aggression gegen das vietnamesische Volk.

Die Sozialimperialisten ihrerseits versuchen alles, um in den Herrschaftsbereich des US-Imperialismus einzudringen. Sie entsenden ihre Kriegsschiffe in alle Weltmeere. Sie versuchen wie der US-Imperialismus, den Regierungen anderer Länder ihren Willen aufzuzwingen, indem sie sie mit sogenannten Krediten, Waren- und Waffenlieferungen erpressen. Heute steht jeder 3. sowjetische Soldat außerhalb der Grenzen der Sowjetunion. Die Sozialimperialisten versuchen, jede Gelegenheit für ihre aggressiven Ziele auszunützen. Sofort nach dem Putsch in Cypern setzten sie Kreuzer und Zerstörer in Richtung Cypern in Bewegung, versetzten sie Luftlandedivisionen (rund 50 000 Mann) in Alarmbereitschaft.

Von der Rivalität der beiden Supermächte im Kampf um die Weltherrschaft geht heute die Hauptgefahr für einen neuen Weltkrieg aus. Das hindert aber beide Supermächte nicht daran, großartige Losungen von „Entspannung" und „Abrüstung" auszugeben. Aber das Londoner „Institut für strategische Studien" hat unlängst festgestellt, daß das Rüstungstempo der beiden Supermächte sich ständig weiter erhöht. So beträgt der offizielle Rüstungsetat der USA in diesem Haushaltsjahr die Rekordsumme von 103 Mrd. Dollar. Nach Angaben des Londoner Instituts werden die US-Imperialisten nach Ablauf der gegenwärtigen Rüstungsprogramme interkontinentale und U-Boot-Raketen mit insgesamt 9000 einzeln dirigierbaren Atomsprengköpfen besitzen, während die sowjetischen Sozialimperialisten für Interkontinental-Raketen 7000 auf separate Ziele einsetzbare atomare Sprengköpfe im Megatonnenbereich haben werden. Das mit großem „Abrüstungs"-Tamtam von Ford und Breschnew in Wladiwostok unterzeichnete 2. SALT-Abkommen hat beispielsweise ebenfalls keine Ergebnisse in der Frage der Abrüstung gebracht. Im Gegenteil: Beide Supermächte wollen ihre strategischen Waffenträger auf 2 400 steigern und die Zahl ihrer Raketen mit atomaren Mehrfachsprengkörpern auf 1350 hochschrauben.

Zentrum der Rivalität der beiden Supermächte ist Europa. Hier stehen sich ihre aggressiven Militärblöcke Nato und Warschauer Pakt gegenüber. **Die Rivalität der beiden Supermächte drückt sich auf der ganzen Welt aus, aber die Entscheidung in ihrem Ringen um die Vorherrschaft in der Welt suchen beide Supermächte in Europa.** In Westeuropa sind außer Japan die größten imperialistischen Konkurrenten der beiden Supermächte. Der sowjetische Sozialimperialismus sieht in Westeuropa die stärksten Bündnispartner des US-Imperialismus. Hier versucht er verstärkt einzudringen, um den US-Imperialismus ins Herz zu treffen. Die US-Imperialisten haben eine Verstärkung ihrer Kampftruppen in Westeuropa angekündigt, sie haben ihre „Bündnispartner" gezwungen, höhere Lasten zur Finanzierung der Nato zu übernehmen. Die sowjetischen Sozialimperialisten ihrerseits haben den Großteil ihrer Armeen an die Grenzen ihres Herrschaftsbereichs in Osteuropa zu Westeuropa verlagert.

Daß die Hauptgefahr für einen neuen imperialistischen Weltkrieg gegenwärtig von der Rivalität der beiden Supermächte ausgeht, heißt aber nicht, daß **die kleineren** imperialistischen Staaten nicht aggressiv wären. **Vor allem die westdeutschen Imperialisten enthüllen zunehmend ihre aggressiven Pläne.** Unter der SPD/FDP-Regierung hat der westdeutsche Imperialismus den höchsten Rüstungsetat und die größte Steigerung des Rüstungsetats in der Geschichte beschlossen. Im Windschatten des US-Imperialismus hat er die Vormachtstellung in der EG an sich gerissen. Gleichzeitig versucht er, die Rivalität der beiden Supermächte auszunutzen, um selbst mehr Ellbogenfreiheit zu gewinnen. Mit der „neuen Ostpolitik" will er seine alten revanchistischen Ziele verfolgen, wobei die sowjetischen Sozialimperialisten ihm scheinbar entgegenkommen. Sie wollen die Widersprüche zwischen dem westdeutschen Imperialismus und dem US-Imperialismus verschärfen, weil sie hoffen, so günstigere Bedingungen für ihr weiteres Eindringen in Westeuropa zu schaffen. Schon tönen die westdeutschen Imperialisten von ihrer Rolle als „Weltmacht wider Willen". Sie stellen fest, daß ein Widerspruch zwischen ihrer wirtschaftlichen Stärke und der politischen Rolle, die sie in der Welt spielen, besteht. **Was ist das anderes als eine – noch – getarnte Forderung nach Neuaufteilung der Welt?**

Der Imperialismus befindet sich in tiefer allgemeiner Krise. Der Kampf der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker versetzt ihm Schlag auf Schlag. Alle imperialistischen Länder werden von wachsenden wirtschaftlichen und politischen Krisenanzeichen geschüttelt. Es gibt keinen Zweifel, daß der Imperialismus, vor allem die beiden Supermächte, versuchen wird, durch die Entfachung eines neuen Weltkrieges, durch die Neuaufteilung der Welt einen Ausweg aus der Krise zu finden. Nach wie vor gilt, was Genosse Mao Tsetung am 20. Mai 1970 erklärt hat: **„Die Gefahr eines neuen Weltkrieges bleibt immer noch bestehen, und die Völker aller Länder müssen Vorbereitungen treffen. Aber die Haupttendenz in der heutigen Welt ist Revolution."**

(wird fortgesetzt)

Korrespondenzen

WESTBERLIN

Anläßlich des bevorstehenden Prozesses gegen vier Teilnehmer des ROTEN Antikriegstages 1972 schickten uns die Genossen der ROTEN GARDE Westberlin folgende Korrespondenz:

„Wir haben uns von Anfang an gegen jeden Widerstand der Bourgeoisie für den Freispruch und für die Einbürgerung des Genossen Sascha eingesetzt. Unser erster Literaturtisch wurde von der Polizei gegen den Widerstand der Passanten verboten. Unser zweiter Lit-Tisch, eine Woche später blieb dann stehen. Zudem begannen wir mit der Agitation in den Häusern. Manch einer, der keine Broschüre oder keinen Roten Morgen kaufen wollte, war doch bereit, mit uns zu diskutieren und seine Unterschrift für die Einbürgerung des Genossen Sascha zu geben. Gleich zu Beginn unseres Kampfes klebten wir Plakate und malten Parolen. Außerdem haben wir Stelltafeln hergestellt und vor den Berufsschulen und in drei Jugendheimen Flugblätter verteilt. Auf Geburtstagsfeiern, bei Kollegen, Freunden und Nachbarn legten wir Resolutionen vor, diskutierten über die Ziele der Demonstration am Roten Antikriegstag und über den Sozialismus. Bei diesem Kampf gegen die Abschiebung des Genossen Sascha haben uns zum Beispiel alle Jugendlichen des Georg-von-Rauch-Hauses unterstützt.

Durch diese Aktionen konnten wir auch den Kreis unserer Sympathisanten erweitern. Einen Höhepunkt in unserem bisherigen Kampf für die Einbürgerung des Genossen Sascha bildete ein Prozeß, in dem zwei Genossen der Roten Garde angeklagt waren, weil sie Parolen gegen die Abschiebung des Genossen Sascha gemalt haben sollen. Bei der Vorbereitung dieses Prozesses diskutierten wir mit den Jugendlichen, forderten sie auf, uns zu unterstützen und brachten bei einem Treff des „Kommunistischen" Jugendverbandes eine Resolution ein gegen die Abschiebung des Genossen Sascha, die alle Teilnehmer unterstützten. Wir werden weiter dafür kämpfen, die Solidaritätsfront gegen den geplanten Schreibtischmord an Genossen Sascha zu verbreitern.

Wir fordern Freispruch für alle Angeklagten des Roten Antikriegstages! Wir fordern einen deutschen Paß für Sascha."

Rote Garde Westberlin

Liebe Genossen, am Silvesternachmittag kam ein Genosse zu mir und erzählte, daß er am Morgen mehrere chinesische Seeleute gesehen hätte und bestimmt ein chinesischer Frachter im Hafen sei. Wir holten die Parteifahne der KPD/ML, die Dokumentation über die Ermordung des Genossen Günter Routhier und den neuen ROTEN MORGEN und gingen zusammen mit einer Kollegin von mir zum Hafen. Auf dem Frachter begegneten wir einem chinesischen Seemann, der uns sofort zum Kapitän des Schiffes führte. Uns fiel auf dem Schiff vor allem das Lachen der Seeleute auf und die Musik, die von allen Seiten zu hören war. Im Salon, in den wir geführt wurden, erklärten wir, daß wir von der KPD/ML seien und der chinesischen Besatzung des Schiffes einen Freundschaftsbesuch abstatten wollten. Wir wurden vom Kapitän, vom Steward, vom politischen Kommissar und vom Schiffskoch aufs herzlichste begrüßt. Wir überreichten ihnen dann unsere Geschenke und berichteten über die Ermordung des Genossen Günter, über die ständig zunehmende Arbeitslosigkeit und Arbeitshetze in Westdeutschland. Die chinesischen Seeleute stellten uns viele interessierte Fragen über die Arbeit der Partei in Bremen und in Westdeutschland. Zwischendurch wurden uns immer wieder Tee und Bonbons angeboten. Als der Steward erfuhr, daß meine Kollegin und ich Lehrerinnen an einer Volksschule sind, schenkte er uns sofort zwei große Tüten Bonbons für unsere Schüler.

Für den nächsten Neujahrstag lud uns der Kapitän zum Tischtennisspielen an Bord ein, da die Mannschaft Urlaub hatte. Vier andere Genossen aus Bremen nahmen diese Einladung an und sahen nach dem Spiel einen Film über die Asiatischen Tischtennisspiele in China.

Ich war sehr begeistert über die Freundlichkeit, die uns allen entgegenschlug. Auch meine Kollegin, die keine Kommunistin ist, war sehr beeindruckt von der Gastfreundschaft und von der Einfachheit der Schiffsbesatzung, wo sich keiner vom anderen durch besondere Uniformen unterschied. Wir bekamen zum Abschied eine schöne Holzschnitzerei geschenkt, die heute in unserem Parteibüro von allen Genossen, Sympathisanten und Kollegen bewundert wird.

Rot Front
eine Sympathisantin aus Bremen

KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

HEIDE

Peter Eisele war einer der Trauergäste, die an der Beerdigung des Genossen Günter im Juni des letzten Jahres teilnahmen. Als die Polizei mit brutaler Gewalt gegen die Trauergäste vorging, wurde auch Genosse Peter, der mit einem anderen Genossen zusammen einen Kranz trug, festgenommen.

Einen Monat später erhielt Genosse Peter eine Rechnung über 52,59 DM wegen der angeblich notwendigen Renovierung der Zelle. Genosse Peter antwortete darauf mit einer Schadensersatzklage über 30,– DM, weil die Polizisten ihm bei der Festnahme seine Jacke zerrissen hatten. Diese Klage wies der Polizeipräsident von Duisburg ab mit der Begründung, Genosse Peter sei daran selber schuld, da er bei seiner Festnahme heftigen Widerstand geleistet habe. Damit nicht genug, führte der Duisburger Polizeipräsident neue Ansprüche an. Insgesamt 1 651,64 DM soll Genosse Peter jetzt an „Schadensersatz" bezahlen, weil er angeblich einen Polizisten so schwer verletzt habe, daß er fast 3 Wochen dienstunfähig war.

Auch in dieser Schadensersatzforderung behauptet die Polizei, der Trauerzug zu Ehren des Genossen Günter sei eine „verbotene Demonstration" gewesen. Die Duisburger Polizei weiß natürlich ganz genau, daß niemand aus der Duisburger Bevölkerung, der die Trauerkränze und die tausende in dunkler Trauerkleidung gesehen hat, ihr das abnimmt. **Mit welch üblen Methoden die Polizei bei den Prozessen vor allem gegen die Kranzträger gedenkt, den Trauerzug zu diffamieren, zeigt dieser Brief des Polizeipräsidenten, in dem behauptet wird, die Polizei habe vermuten müssen, der Kranz, den Genosse Peter mitgetragen habe, sei nur eine Tarnung für verborgene Waffen gewesen!**

Der Zweck dieser Lügen ist allerdings für jeden, der den Polizeiterror gegen den Trauerzug erlebt und davon gehört hat, genau so offensichtlich, wie die sofort nach der Beerdigung des Genossen Günter von der Polizei lancierten faschistischen Lügen vom „Schlachtmesser" bzw. anderen Waffen: es soll vom Mord an Genossen Günter und vom Überfall auf den Trauerzug zu seiner Beerdigung abgelenkt und der breiten Empörung gegen die Polizei die Spitze genommen werden.

DUISBURG

Am 8. 1. 75 wurde vom Amtsgericht Duisburg ein Genosse wegen „Verunglimpfung der Bundesrepublik" (§90a) zu 250 DM Geldstrafe verurteilt, weil er ein Flugblatt der GRF zur Ermordung des Genossen Günter verteilt hatte. Einzige Schlußfolgerung der „Roten Fahne": „Wir werden das nicht zulassen und (...) dafür kämpfen, daß die wahren Schuldigen, die Verbrecher, auf die Anklagebank gebracht werden." Wer angesichts der Angriffe der Klassenjustiz allein fordert, die wahren Verbrecher gehörten auf die Anklagebank, der versäumt es nicht nur, die Massen zum Kampf gegen den kapitalistischen Staat zu erziehen, sondern schürt im Gegenteil Illusionen in die bürgerliche Klassenjustiz, die eben keine andere Aufgabe hat, als die Ausbeuterordnung des Kapitals zu schützen.

HAMBURG

Unter dem Vorwand, die Gesundheit der politischen Gefangenen in Hamburg schützen zu wollen, haben die Hamburger Gefängnisärzte und Richter Isbarn 5 politischen Gefangenen, die sich im Hungerstreik befinden, den Bezug von Kaffee, Tee und Zigaretten sowie den täglichen Hofgang verboten.

LINGEN

27 Gefangene in der Haftanstalt Lingen haben eine Dokumentation veröffentlicht, in der sie Mißhandlungen an Häftlingen in den letzten Jahren anprangern.

Prozesse in München

Solidarität mit den angeklagten Genossen

Wie wir bereits im letzten ROTEN MORGEN berichteten, beginnt am 28. 1. 75 im Landgericht München die Berufungsverhandlung gegen vier Genossen wegen ihrer Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972. Am selben Tag beginnt der Prozeß gegen Hanns Marzini und drei andere Antifaschisten.

Die Partei hat es als besonders wichtige Aufgabe angesehen, in München eine breite Solidaritätsfront herzustellen, um die zu erwartenden Angriffe der Bourgeoisie möglichst geschlossen und erfolgreich zurückschlagen zu können. Diese Solidarität herzustellen ist auch deshalb notwendig, da der Kampf um die Einbürgerung des Genossen Sascha mit der Verabschiedung des neuen Gesetzes über die Staatsbürgerschaft ebenfalls einen neuen Höhepunkt erreicht. Nach diesem Gesetz müßte nämlich auch Sascha als Sohn einer deutschen Mutter einen deutschen Paß bekommen. Seine Mutter hat diesen Paß inzwischen beantragt, aber noch keine Antwort erhalten.



Über 20 000 Unterschriften wurden bisher für Sascha gesammelt.

„Die KPD/ML hat am 9. 1. 75 Kontakt zur GRF aufgenommen", heißt es in einem offenen Brief der Münchner Genossen an die revolutionären Mitglieder der GRF und alle fortschrittlichen Menschen, „mit dem Ziel, eine gemeinsame Demonstration – natürlich auch mit anderen Organisationen – durchzuführen. Damals wurde erklärt, das komme überhaupt nicht in Frage, Schwerpunkt der Demonstration müsse der Prozeß gegen Hanns Marzini sein, die anderen Parolen dürften nur am Rande in Erscheinung treten. Im übrigen sei die Demonstration bereits angemeldet. Diese Ignoranz der tatsächlichen Unterdrückungsmaßnahmen der Bourgeoisie und die Arroganz der GRF-Führer sind nicht unbekannt. Bereits vor einem 3/4 Jahr hat die GRF am selben Tag, als die KPD/ML eine Demonstration zur sofortigen Einbürgerung von Sascha durchführte, eine Vietnamdemonstration veranstaltet, ohne zu einem gemeinsamen Vorgehen bereit zu sein. Deshalb hat die KPD/ML am 10. 1. selbst eine Demonstration angemeldet."

Auch bei den Bündnisverhandlungen am 16. 1. beharrten die GRF-Führer auf diesem Standpunkt. Eine ihrer Begründungen war zum Beispiel: Der Kampf für den deutschen Paß für Sascha sei langfristig, daher im Augenblick auch nur Nebenseite! Diese „Begründung" ist blanker Zynismus. Wer seit fast einem Jahr die Solidaritätsfront gegen den geplanten Schreibtischmord an einem Kommunisten spaltet mit der Begründung: im Moment gäbe es Wichtigeres, der muß sich die Frage gefallen lassen, ob er Solidarität nur dann für wichtig hält, wenn sich daraus ein public-relation-Süppchen für die Führer der GRF kochen läßt.

Daß es sich tatsächlich so verhält, zeigen auch die politischen Begründungen der GRF-Führer für die herausragende Bedeutung des Prozesses gegen Hanns Marzini. Ihr Hauptargument ist, daß es hier um den antifaschistischen Kampf gehe, der im Moment von besonderer Bedeutung sei und auch große Unterstützung in der Bevölkerung finde. Das ist zweifellos richtig. Und jeder der Augen im Kopf hat, sieht auch, daß dieser antifaschistische Kampf sich vor allem gegen den bürgerlichen Staatsapparat richten muß, dessen Polizei streikende Arbeiter und Demonstranten niederknüppelt, der den Schreibtischmord an einem Kommunisten plant, der Antimilitaristen und Antifaschisten mit Terrorurteilen wie jetzt in München hinter Gitter bringen will. Die GRF-Führer allerdings verschließen vor diesen Tatsachen die Augen. **Sie spalten nicht nur konkret die Solidaritätsfront gegen die Angriffe der Klassenjustiz bei den kommenden Prozessen, sie spalten nach revisionistischer Manier den Kampf gegen die Faschisierung des bürgerlichen Staatsapparates überhaupt.**

Deutlich zeigt das ein Zitat aus einem Papier zur Vorbereitung des Prozesses gegen Hanns Marzini: „Die Faschisten haben am deutschen Volk und an den anderen Völkern blutige Verbrechen verübt und tun es in einer Reihe von Ländern wie z. B. in Chile oder den Thieu-Gebieten noch heute. Deshalb muß diese Pest, wo sie sich an die Öffentlichkeit wagt, entschlossen bekämpft werden..." Wie soll man das anders verstehen, als daß die Arbeiterklasse ihren Kampf nicht auf die Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparates orientieren soll, den die Bourgeoisie auf die Errichtung einer neuen, offen terroristischen Diktatur über die Werktätigen vorbereitet, sondern gegen die NPD und andere Organisationen der offenen Faschisten?

Der offene Brief, den die Partei an die revolutionären Mitglieder der GRF gerichtet hat, wird sicherlich einigen von ihnen klarmachen, daß sie auf dem Kurs der GRF-Führer geradewegs in die Arme der D„K"P getrieben werden.

Ungeachtet der Spaltungsmanöver der GRF-Führer wird die Partei ihren Kampf für die Schaffung einer breiten Solidaritätsfront gegen die Angriffe der bürgerlichen Klassenjustiz fortsetzen und verstärken.

Freispruch für die Angeklagten im Antikriegstagsprozeß! Freispruch für Hanns Marzini und die drei anderen Antifaschisten! Sofort ein deutscher Paß für Sascha!

Polizist erschiesst Jugendlichen

Rechtsanwalt "Jeder kann der nächste sein"

Fortsetzung von Seite 1

Während ihrer Menschenjagd auf die Genossen der RAF erschossen Polizisten in Westberlin Georg von Rauch, in Hamburg Petra Schelm, in Augsburg Thomas Weißbecker. In Stuttgart starb der Schotte Mc Leod im Kugelhagel der Polizei, in München Günther Jendrian.

Nicht alle Opfer des Polizeiterrors sind Kommunisten, sind Revolutionäre. Erich Wiesneth war kein Kommunist, kein Revolutionär. Erich Dobhard, in Dortmund von der Polizei erschossen, starb, als er vor einem Beamten flüchtete. Hans-Jürgen Remiszko kam Freunden zu Hilfe, die er von Rockern angegriffen glaubte, während es in Wirklichkeit Zivilspitzel waren. Er wurde „in Notwehr" erschossen.

Zivilspitzel wie diese sind inzwischen in allen westdeutschen Großstädten im Einsatz. Zug um Zug ist ihre Zahl erhöht worden, immer mit der Begründung der „Notwendigkeit der besseren Verbrechensbekämpfung", Zug um Zug sind die Polizeikräfte verstärkt worden, ist ihre Bewaffnung verbessert worden. Inzwischen ist es so, daß die Polizisten der MEKs im „normalen" Polizeidienst eingesetzt werden, damit sie, wie es heißt, „sich ständig üben können". In NRW nutzt die Polizei den Vorwand verstärkter Verkehrskontrollen, des „Kampfes gegen Raser" und den „Alkohol am Steuer" zu verstärktem Einsatz der Polizei auf den Straßen der Städte. Der Ausbau der Polizei, die Verschärfung des Terrors ist ein weiteres Zeichen für die Faschisierung des bürgerlichen Staatsapparates. **Er wird vorangetrieben, je mehr sich die Klassenauseinandersetzungen verschärfen, je klarer wird, daß die kapitalistische Gesellschaft der breiten Masse der Werktätigen weder „soziale Sicherheit", noch Freiheit und Demokratie bringt.**



Erich Wiesneth, 18 Jahre, von der Münchner Polizei erschossen.

Der Terror der Polizei stößt aber auf immer größere Empörung, das zeigen nicht nur solche Komitees gegen den Polizeiterror wie das in Bonn, das zeigen auch die vielen empörten Leserbriefe in der Lokalpresse.

In München soll der Mordschütze jetzt vor Gericht gestellt werden und wurde sogleich in Untersuchungshaft genommen. Selbst seine Anwälte verzichteten darauf, Haftbeschwerde einzulegen. **Angesichts der wachsenden Empörung über den Terror der Polizei wollen die Behörden damit den Mord an Erich Wiesneth als „Einzelfall" eines „schwarzen Schafes" hinstellen. Die Realität beweist jedoch, daß das nichts als ein Manöver ist, um die Tatsache zu vertuschen, daß die Polizei, daß der ganze kapitalistische Staat ein Instrument der Kapitalistenklasse zur Unterdrückung des Volkes ist.**

Ausbildungsverbot gegen Genossen Ulrich

Kollegen beschliessen Protestresolution

Ulrich G. will Lehrer werden. Im Juni 1974 hat er seine praktische Ausbildung im Vorbereitungsdienst für das Lehramt in Dortmund aufgenommen. Seine Ausbilder bescheinigen ihm: „Klugheit, Unterrichtsgeschick und menschliches Verhalten lassen in Herrn G. einen über den Durchschnitt befähigten Lehrer erwarten." Trotzdem soll Ulrich jetzt aus dem Vorbereitungsdienst entlassen, soll ihm verboten werden, Lehrer zu werden. Warum?

Ulrich schreibt in einem Brief an alle Lehrerseminare in Nordrhein-Westfalen: „Am 30. 11. 1974 erhielt ich vom Schulkollegium Münster die Vorladung zu einem Dienstgespräch. **Bei diesem Gespräch wurden mir Flugblätter der KPD/ML, für die ich presserechtlich verantwortlich gezeichnet habe, vorgehalten. (Diese Flugblätter waren über den Umweg Innenministerium, Abteilung Verfassungsschutz ins Schulkollegium gelangt).** Die Flugblätter, aus denen dann lang und breit zitiert wurde, hatten unter anderem folgenden Inhalt:

– Anläßlich des Polizeimordes an dem Duisburger Arbeiter Günter Routhier im Juni 1974 wurde der bürgerliche Staat als ein Werkzeug der Bourgeoisie zur Unterdrückung der Arbeiterklasse gekennzeichnet;

– Aus dem faschistischen Putsch in Chile wurde die Lehre gezogen, daß es keinen sogenannten ‚friedlichen Weg zum Sozialismus' gibt, wie er hier in Westdeutschland von der D„K"P propagiert wird, sondern daß der einzige Weg zum Sozialismus über die gewaltsame proletarische Revolution führt;

– Schließlich wurde in einem weiteren Flugblatt dargelegt, daß sich hinter der Fassade des Grundgesetzes die tatsächliche Diktatur der Ausbeuter über die Ausgebeuteten verbirgt."

Wegen dieser Flugblätter und Betriebszeitungen sind gegen Genossen Ulrich bereits 11 Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, die meisten wegen §90a (Verächtlichmachung der Bundesrepublik...).

Aber die Bourgeoisie setzt nicht nur die Klassenjustiz ein, um Kommunisten zu verfolgen, sie versucht ihnen gleichzeitig ihren Beruf zu rauben. Allein um heute überhaupt die Ausbildung für den Lehrerberuf aufnehmen zu können, muß man schon eine Erklärung unterschreiben, daß man sich zur „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" bekennt.

Vor diese Alternative – entweder Bekenntnis zur Ausbeuterordnung der Bundesrepublik oder Bekenntnis zu den Flugblättern, die er presserechtlich verantwortlich unterzeichnet hat, versuchte die Juristin des Schulkollegiums Ulrich dann auch zu stellen. Aber sie gab selber zu, daß das nur noch pro forma geschehe. Für das Schulkollegium sei die Sache klar, hieß es. Es ginge auch nicht um ein Disziplinarverfahren (normalerweise in solchen Fällen üblich – RM), sondern um Entlassung.

Der kapitalistische Staat nutzt also die Tatsache, daß er der einzige ist, der Lehrer ausbilden darf, dazu, Kommunisten nicht nur mit dem Berufsverbot zu verfolgen, sondern ihnen auch die Ausbildung zu verbieten!

Aber die Durchsetzung dieses Ausbildungsverbots stieß auf erheblichen Widerstand der Kollegen und der Schüler von Genossen Ulrich. Er schreibt in seinem Brief: „Noch vor Weihnachten fand an meinem Seminar eine Konferenz der Lehramtsanwärter statt, auf der eine Resolution gegen das drohende Ausbildungsverbot verabschiedet wurde. Angeblich aufgrund eines Formfehlers erhob der Seminarleiter Einspruch gegen die Konferenz. Sie wurde daraufhin am 9. 1. wiederholt und die Resolution unverändert von der großen Mehrheit der anwesenden Kollegen gebilligt.

Ähnlich an meiner Schule, dem Dortmunder Goethe-Gymnasium: ich erhielt von der SMV eine Einladung zu einer Schülerratssitzung. Als ich zu dem Entlassungsverfahren Stellung nahm, erschien der Direktor und forderte mich auf, die Sitzung sofort zu verlassen. Ich wies diese Provokation zurück. Der Direktor erklärte daraufhin die Versammlung für aufgelöst, er mache von seinem Hausrecht Gebrauch. **Diese Maßnahme rief bei den Schülerinnen große Empörung hervor. Der einzige, der den Raum verließ, war dann der Direktor selbst. Die versammelten Klassensprecher der Schule beschlossen dagegen in einer Abstimmung mit großer Mehrheit, die Versammlung fortzusetzen, obwohl sie sich der Konsequenzen, auch der Gefahr eines Polizeieinsatzes bewußt waren."**

Der Direktor rief daraufhin sofort bei der zuständigen Dienststelle an, eine Lehrerin wurde verpflichtet, ein Gedächtnisprotokoll von der SMV-Sitzung anzufertigen, mit dem man Genossen Ulrich dann denunzierte. Außerdem fand sich noch ein reaktionärer Vater einer der Schülerinnen von Genossen Ulrich, der es „untragbar" fand, daß seine Tochter im Englisch-Unterricht von der drohenden politischen Entlassung ihres Lehrers erfahren hatte. Aufgrund dieser reaktionären Maßnahmen wurde dem Genossen Ulrich sofort verboten, weiter Unterricht zu erteilen. Seine Entlassung wird vorbereitet.

Der Kampf der Partei und der Roten Garde aber geht weiter. Die Schulbehörde hat erhebliche Schwierigkeiten, diese Entlassung eines kommunistischen Lehrers mit dem „Schutz der Interessen der Schüler" usw. zu begründen. So sagte eine Schülerin: „Jetzt habe ich kein Vertrauen mehr in diesen Staat." Andere, Erwachsene und Jugendliche, protestierten mit ihrer Unterschrift und auf Versammlungen gegen die Entlassung von Ulrich G.

Illegalisierungsversuche gegen die RH

Prozesswelle gegen Genossen M.Banos

Michael Banos, der bisherige presserechtlich Verantwortliche für die ROTE HILFE und zentrale Flugblätter der ROTEN HILFE erhielt jetzt erneut einen Strafbefehl über 1 200 DM wegen eines Flugblattes der ROTEN HILFE gegen die Isolationsfolter an politischen Gefangenen vom September des letzten Jahres. Gleichzeitig wurde die Einziehung dieses Flugblattes angeordnet.

Genosse Banos wurden wegen der Propaganda der ROTEN HILFE vor allem zur Ermordung des Genossen Günter Routhier und zum Hungerstreik der politischen Gefangenen bisher Strafbefehle ins Haus geschickt, außerdem wurden weitere Ermittlungsverfahren gegen ihn angestrengt. Fast alle diese Verfahren laufen wegen § 90 a StGB, also wegen „Böswilliger Verächtlichmachung der Bundesrepublik". Diese Kriminalisierung der ROTEN HILFE über die Einleitung von Verfahren gegen presserechtlich Verantwortliche ist die gleiche Nadelstichtaktik, mit der die Bourgeoisie auch die Arbeit der KPD/ML unter den Massen illegalisieren und lahmlegen will.

Worauf diese Kriminalisierungsversuche der Propaganda der ROTEN HILFE vor allem über den § 90 a des Strafgesetzbuches hinauslaufen sollen, zeigte sich deutlich bei einer Hausdurchsuchung, die die Polizei am Tag nach der bundesweiten Razzia „Winterreise" bei einer Genossin der ROTEN HILFE in Böblingen bei Stuttgart durchführte. Dort wurden alle Publikationen der ROTEN HILFE und auch der KPD/ML beschlagnahmt, die sich irgendwie mit der Ermordung des Genossen Günter und mit dem Kampf gegen die Isolationsfolter beschäftigten. **Außerdem beschlagnahmte das zuständige Amtsgericht aber auch den Entwurf des Statuts und Programms der ROTEN HILFE.** Begründung: es bestehe Tatverdacht gemäß § 86 II StGB. Dieser Paragraph heißt: „Wer Propagandamittel einer Vereinigung, die unanfechtbar verboten ist, weil sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet, oder von der unanfechtbar festgestellt ist, daß sie Ersatzorganisation einer solchen verbotenen Vereinigung ist... wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft."

Abgesehen davon, daß überhaupt nicht die Rede davon sein kann, daß die ROTE HILFE „unanfechtbar verboten" ist und das Amtsgericht die Begründung für die Beschlagnahme später so änderte, daß u. a. auch das vorläufige Statut und Programm der ROTEN HILFE in einem Verfahren gegen die Genossin wegen „Böswilliger Verächtlichmachung der Bundesrepublik" als Beweismaterial gebraucht wurden, zeigt diese Beschlagnahme eindeutig, worauf die einzelnen Verfahren gegen die ROTE HILFE am Ende hinauslaufen sollen: **auf eine Illegalisierung der gesamten Organisation, auf ein Verbot der ROTEN HILFE!**

Diese massiven Angriffe gegen die ROTE HILFE sind die Antwort der Bourgeoisie darauf, daß viele fortschrittliche Menschen inzwischen die ROTE HILFE als die Organisation anerkennen und unterstützen, die einen revolutionären Kampf gegen die politische Unterdrückung in der Bundesrepublik führt. So entstanden allein im letzten halben Jahr, oft als Antwort auf die Ermordung des Genossen Günter an die 10 neue ROTE HILFE-Organisationen. Die Gründung der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS für Westdeutschland und Westberlin steht bevor.

Diese weitere Vorwärtsentwicklung der ROTEN HILFE und ihren wachsenden Einfluß auf den Kampf gegen die politische Unterdrückung wird die Bourgeoisie allerdings auch mit ihren Verbotsmaßnahmen nicht aufhalten können. So schreibt die Genossin aus Böblingen: „Wenn die Herren dieses Staates glauben, daß sie damit die Solidarität vieler Menschen gegen die politische Verfolgung auch nur verringern können, dann haben sie sich ganz gewaltig getäuscht! Das Gegenteil ist der Fall. Beispielsweise veröffentlichte die ROTE HILFE die Wahrheit über diese Hausdurchsuchung und stieß dabei auf großes Interesse bei zahlreichen Leuten. Wir werden alle Verbotsvorbereitungen gegen die ROTE HILFE und andere revolutionäre Organisationen entschieden bekämpfen."

Prozeß gegen Genossen Karl Klingemann

Fahnenstangen als Waffen deklariert

Während der Aufstellung der Trauergäste bei der Beerdigung des Genossen Günter parkte in der Nähe das Auto des Genossen Karl Klingemann, in dem sich einige Fahnenstangen befanden. Deswegen erhielt Genosse Karl, Kandidat der KPD/ML bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg, einen Strafbefehl über 500 DM weil er „ Waffen mit sich geführt" habe, „ohne zum Erscheinen mit Waffen behördlich berechtigt zu sein." Am 24. 1. 75 wird deswegen in Duisburg ein Prozeß stattfinden.

Das Auto des Genossen Karl Klingemann soll also einen der Beweise dafür darstellen, daß anläßlich der Beerdigung des Genossen Günter von der Partei kein Trauerzug, sondern eine „bewaffnete Demonstration" geplant war, wie die Polizei sofort nach ihrem Überfall auf den Trauerzug behauptete und wie es schon am Morgen der Beerdigung in der bürgerlichen Lokalpresse in Duisburg zu lesen war. Dieser „Beweis" der Polizei ist allerdings mehr als mager. Mal abgesehen davon, daß das Gericht erst einmal klarlegen müßte, wie Genosse Karl bei dem Trauerzug, an dem er – jedenfalls nach


Genosse Karl Klingemann (mit der Trommel) bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg.

dem Strafbefehl zu schließen – gar nicht teilgenommen hat, „Waffen" mit sich geführt haben soll, die zum gleichen Zeitpunkt in einem verschlossenen Auto lagen – seit wann braucht man denn in der Bundesrepublik einen Waffenschein, wenn man bei einer Demonstration oder einer Versammlung oder hier bei einem Trauerzug ganz normale Fahnenstangen tragen will? Das zum Beispiel die Fahnenträger bei der Beerdigung Drenkmanns sich strafbar gemacht haben, weil sie „Waffen" trugen, ohne dazu behördlich ermächtigt zu sein, wird z. B. niemand behaupten wollen.

In diesem Fall aber deklariert die Polizei ganz normale, serienmäßig hergestellte Fahnenstangen zu Waffen, weil die „Bewaffnung" der Trauergäste bei der Beerdigung des Genossen Günter das Hauptargument ist, mit dem sie den schon vorher genau geplanten heimtückischen Überfall auf den Trauerzug „rechtfertigen" will. Die Bourgeoisie weiß natürlich auch, daß diese Fahnenstangen allein kein sehr überzeugendes Argument für die „Bewaffnung" der Trauergäste sind.

Deshalb trat auch noch am Abend der Beerdigung ein Vertreter der Polizei im Fernsehen auf, der als weiteren Beweis für die Bewaffnung der Trauergäste ein ca. 30 cm langes „Schlachtermesser" aus der Tasche zog. Den Beweis anzutreten, daß dieses Messer, das durch fast alle bürgerlichen Zeitungen geisterte, tatsächlich bei einem Teilnehmer des Trauerzuges gefunden wurde, hat die Bourgeoisie allerdings bis heute trotz wiederholter Aufforderung durch die KPD/ML nicht gewagt. Den Grund dafür kann man sich unschwer vorstellen.

Deshalb, weil es der Bourgeoisie praktisch unmöglich ist, die Lügen, die sie in die Welt gesetzt hat, in wahre Tatsachen zu verwandeln, sind für sie Strafbefehle wie gegen den Genossen Karl Klingemann und Urteile, die diese Strafbefehle bestätigen, von ungeheurer Bedeutung. Denn sie haben keinen geringeren Zweck, als gegenüber der Bevölkerung per Urteilsspruch zu beweisen, was mit Tatsachen nicht zu beweisen ist. Die Partei wird dafür sorgen, daß die Bourgeoisie mit diesem Prozeß ihr Ziel nicht erreicht, sondern stattdessen noch mehr Menschen erkennen, daß die „Bewaffnung" der Trauergäste nichts als faschistische Propaganda ist, um den Mord an einem Kommunisten und den Terror gegen seine trauernden Freunde und Genossen zu „rechtfertigen".

Ohne ein einziges Wort der Selbstkritik

Lange Jahre haben die GRF-Führer beharrlich behauptet, die Einschätzung der KP Chinas über die Bedeutung des Zusammenschlusses der kleinen und mittleren Länder gegen die beiden Supermächte sei falsch. Wo unsere Genossen diese Linie vertraten, wurde ihnen die Haltung der GRF entgegengehalten, wie sie sich unter anderem in den Dokumenten über die 4. Parteikonferenz und in einem programmatischen Artikel in der „Roten Fahne" Nr. 41/72 findet:

„Unsere Partei teilt folglich nicht die Auffassung, die Entwicklung der Widersprüche in der Welt werde gegenwärtig durch den Zusammenschluß der ‚kleineren' und ‚mittelgroßen' Länder zu einer gegen die ‚Supermächte' gerichteten Front bestimmt." – „Mit der ‚Theorie der Supermächte' und ihrer Anwendung auf die Charakterisierung der gegenwärtigen Widersprüche in der Welt wird der Hauptwiderspruch zwischen dem USA-Imperialismus und dem Sozialimperialismus auf der einen und den unterjochten Völkern auf der anderen Seite verabsolutiert."

Und noch in der Grußadresse der GRF zum 25. Jahrestag der Gründung der VR China im Oktober letzten Jahres hieß es: „Für sie ist die VR China ein mächtiger Verbündeter im Kampf gegen die beiden imperialistischen Hauptmächte...", was gerade an dieser Stelle als besondere Provokation gegenüber den chinesischen Genossen gesehen werden muß.

In der neuen „Roten Fahne", Nr. 2/75 heißt es dagegen auf einmal: „Die UNO-Seerechtskonferenzen, die Weltrohstoffkonferenz, der Erfolg der PLO und die jüngste UNO-Vollversammlung mit der Verabschiedung der ‚Charta der Entwicklungsländer' haben gezeigt, daß der Zusammenschluß der Entwicklungsländer ein entscheidender Faktor für die Verschärfung der allgemeinen Krise des Imperialismus ist. Die beiden imperialistischen Supermächte geraten immer mehr in die Isolierung. Die Haupttendenz ist, daß Staaten die Unabhängigkeit, Nationen die Befreiung und Völker die Revolution wollen."

Im gleichen Artikel rühmt sich die GRF: „Wir führen den Kampf zweier Linien mit dem Ziel der prinzipienfesten Einheit." – Nach der oben festgestellten politischen Wende um 180 Grad, die ohne ein Sterbenswörtchen der Selbstkritik erfolgt, kann man allerdings bei dem Kampf zweier Linien, den die GRF-Führer betreiben, nach wie vor nur ein Prinzip erkennen: Taktierei, um bei Beibehaltung der falschen politischen Linie so viel Verwirrung wie möglich in die Bewegung zu tragen.

Wirtschaftsspionage für Moskau

Sie wurden vom „Arbeitsplatz" weg verhaftet, gerade als sie wichtige Unterlagen des IBM-Computers „370" fotografieren wollten: zwei Wirtschaftsspione, spezialisiert auf Computeranlagen. Kurz darauf wurden noch neun weitere Spione verhaftet: sie allesamt waren Mitglieder eines Spionageringes des sowjetischen Geheimdienstes KGB.

86 000 DM trug allein der erste Spion bei der Festnahme in der Hosentasche. Offensichtlich lassen sich die sowjetischen Sozialimperialisten Informationen über Computerbau etwas kosten. Der Spionagering ging arbeitsteilig auf drei Ebenen vor: eine Gruppe verschaffte auf illegale Weise bei Firmen, wo Großcomputer aufgestellt waren, Informationen, eine andere vermittelte sie weiter und die dritte spielte sie dem sowjetischen Geheimdienst zu. Geschult wurden diese Agenten, wie die Presse berichtet, bei einer Computer-Scheinfirma, die vor Jahren vom sowjetischen Geheimdienst eigens zu diesem Zweck gegründet wurde. Das zeigt den systematisch geplanten und fest organisierten Charakter der Wirtschaftsspionage, die die sowjetischen Sozialimperialisten in unserem Land betreiben. Und es wirft ein bezeichnendes Licht auf die Herren in Moskau.

Wirtschaftsspionage ist eines der Mittel, mit denen die kapitalistischen Monopole versuchen, die Überlegenheit des Konkurrenten zu unterminieren, ihm die profitableren Produktionsmethoden abzugucken und auf dieser Grundlage den Platz an der Sonne den Konkurrenten abzuringen. **Die Aufdeckung des sowjetischen Spionageringes ist ein Beweis dafür, daß die sowjetischen Sozialimperialisten nicht anders als die Wallstreet-Mafia des US-Imperialismus mit kriminellen und verbrecherischen Methoden arbeiten, um ihre wirtschaftliche Macht auszuweiten und in ihrem Streben nach Weltherrschaft die Konkurrenten, die westlichen Monopole, aus dem Felde zu schlagen.** Die Moskauer Kremlherren sind genauso den Gesetzen der kapitalistischen Konkurrenz unterworfen, weil sie selbst Imperialisten sind, nicht anders als die amerikanischen Imperialisten.

Zugleich aber zeigt dieser Spionageskandal, daß die Sowjetunion der Chruschtschows und Breschnews offensichtlich nicht mehr in der Lage ist, aus eigener Kraft auf dem Gebiet der Technologie, insbesondere auch der Elektronischen Datenverarbeitung, eigenständig Fortschritte zu machen. Die Bedingungen für die Entwicklung der Technologie sind derart rückläufig, das System der sowjetischen Ausbildung derart schlecht, daß die Herren im Kreml immer mehr auf die Entwicklungen des Westens angewiesen sind. Beispielhaft dafür ist das vor Jahren groß angekündigte Computerprojekt „Riad", das in der Entwicklung steckengeblieben ist – obwohl es sich bei diesem Modell in groben Zügen auch nur um einen Nachbau eines älteren IBM-Computers handeln soll.

Gerade aber die Computer-Technik hat für die sowjetischen Sozialimperialisten besonders große Bedeutung. So verlangen sie immer wieder, daß die USA und die westeuropäischen Länder die Handelsbedingungen für Computer ändern. Computer gehören nämlich zu den militärisch-strategisch wichtigen Handelsgütern, die aufgrund eines Nato-Embargos nicht an die Länder geliefert werden dürfen, die zum Herrschaftsbereich des sowjetischen Sozialimperialismus gehören, denn sie haben für die Aufrüstung mit modernsten Waffen große Bedeutung. **Gewiß ist es kein Zufall, daß der sowjetische Agentenring ausgerechnet am IBM-Computer „370" so großes Interesse hatte: er besitzt auf kleinstem Raum größte Speicherkapazität, weshalb sein Prinzip auch für militärische Waffensysteme große Bedeutung haben kann. Für solche Erkenntnisse ist den Moskauer Militaristen natürlich kein Agentenlohn, kein Verbrechen zu schade.**

Ob Spionage auf wirtschaftlichem, politischem oder militärischem Gebiet – in welchem Land auch immer – die sowjetischen Sozialimperialisten sind daran führend beteiligt. Sie scheuen eben kein Mittel – und sei es noch so hinterhältig und abscheulich – um ihre sozialimperialistische Macht zu erweitern und ihre aggressiven Weltherrschaftspläne zu verwirklichen.

Israelische Angriffe gegen den Libanon

Während die israelischen Zionisten von neuen „Friedensplänen" aus Washington sprechen, führen sie im Libanon aller Welt vor Augen, was diese Pläne in Wahrheit bedeuten: Terror und Gewalt gegen die arabischen Völker und insbesondere gegen das palästinensische Volk. Nachdem die israelischen Zionisten seit Wochen militärische Überfälle auf den Libanon gestartet haben, stehen ihre Truppen jetzt seit mehreren Tagen auf libanesischem Gebiet und führen praktisch wieder einen Aggressionskrieg.



Während des Aufstandes in den von den Zionisten besetzten Gebieten im Nov. 1974

Mit schwerer Artillerie sind die israelischen Truppen in den Libanon eingefallen und haben mehrere Dörfer in Schutt und Asche gelegt, Zivilbevölkerung umgebracht und Menschen entführt, einfache libanesische Hirten. Die militärischen Angriffe der israelischen Zionisten richten sich insbesondere gegen die Lager, in denen tausende palästinensische Flüchtlinge leben, die von den israelischen Zionisten gewaltsam von ihrem Territorium vertrieben worden sind. Mit Terror und Gewalt versuchen sie, das palästinensische Volk selbst noch in diesen Flüchtlingslagern zu vernichten. Und dann besitzen diese Aggressoren sogar noch die Unverfrorenheit, in einem Brief an den UN-Generalsekretär zu fordern, daß alle Anstrengungen unternommen werden müßten, um der „terroristischen Tätigkeit von Angehörigen der palästinensischen Befreiungsorganisationen gegen Israel ein Ende zu setzen".

Doch die israelischen Zionisten täuschen sich, wenn sie glauben, dem gerechten Befreiungskampf des palästinensischen Volkes für die Wiederherstellung seiner legitimen Rechte „ein Ende setzen" zu können. **Der Kampf des palästinensischen Volkes ist erstarkt wie nie zuvor.** Unter einheitlichem Kommando verteidigen die Truppen der Befreiungskämpfer die Dörfer und Lager erfolgreich. Wie ein Sprecher der Palästinenser bekanntgab, gelang es den Befreiungskämpfern, mehr als 70 Soldaten der zionistischen Aggressoren zu töten und eine größere Anzahl außer Gefecht zu setzen. Zugleich führen die Befreiungskämpfer hinter den Linien des Feindes schwere Schläge gegen die Militäreinrichtungen und Truppenlager der Zionisten.

Während die Zionisten gegen den Libanon zum offenen Krieg übergehen, haben sie zugleich Ägypten Separatverhandlungen über einen Frieden angeboten, wobei sie als Lockmittel die Räumung von Sinai versprechen. Präsident Sadat hat diese Versuche, den gemeinsamen Kampf der arabischen Länder zu spalten und die Front zu schwächen, entschieden zurückgewiesen: **Ägypten habe es abgelehnt und werde es weiterhin ablehnen, daß seine Solidarität mit den arabischen Ländern, die in vorderster Linie stehen, geschwächt wird und daß der Kriegszustand einseitig beendet wird.** Ägypten sei der Meinung, daß der Abzug Israels an allen drei Fronten gleichzeitig erfolgen muß. Präsident Sadat warnte die Zionisten vor einem Überfall auf Syrien: Ägypten werde bereit sein und könne sofort eingreifen und sich dem Kampf anschließen, obwohl es 14 Monate lang von der Sowjetunion keine Waffen erhalten hat.

Auch die beiden Supermächte, den amerikanischen Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus, die beide durch Subversion, Sabotage und Drohungen die arabischen Völker von ihrem gerechten Kampf gegen die israelischen Zionisten abhalten wollen, die beabsichtigen, den Nahen Osten zu einem Gebiet ihrer Vorherrschaft zu machen, verurteilte Präsident Sadat entschieden. **Er erklärte, daß Ägypten weder ein sowjetischer noch ein amerikanischer Einflußbereich werde.**

Die israelischen Zionisten sind offenbar gewillt, mit Unterstützung beider Supermächte, mit amerikanischen Waffen und zehntausenden sowjetischen Auswanderern, einen neuen Aggressionskrieg zu entfesseln. Doch wenn die arabischen Völker in ihrem Kampf zusammenstehen und gemeinsam ihre Waffen erheben, wird sie keine Macht der Welt besiegen können, weder die israelischen Zionisten noch der US-Imperialismus oder der sowjetische Sozialimperialismus.

123 Mrd Rüstungsetat

US-Imperialisten verstärken Wettrüsten

Seit über zehn Jahren reden die beiden Supermächte, der USA-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus von „Entspannung" und „Abrüstung" und unterzeichnen Abkommen über Rüstungsbegrenzungen für bestimmte Waffen, während sie in Wirklichkeit Jahr um Jahr die Ausgaben für ihren Militärhaushalt erhöht haben, so daß dieser heute schwindelnde Höhen erreicht hat.

Die amerikanischen Imperialisten haben nun vor kurzem bekanntgegeben, daß sie die Summe für Rüstungsausgaben im kommenden Finanzjahr auf die Höhe von 103 Milliarden Dollar schrauben wollen, während sie im vergangenen Jahr noch 90 Milliarden Dollar betragen hat. Damit hat sich der Rüstungshaushalt der USA-Imperialisten seit 1963 (67 Mrd. Dollar) fast verdoppelt. In der gleichen Zeit steigerten die sowjetischen Sozialimperialisten ihren Kriegsetat von ca. 50 Mrd. Dollar auf eine Summe von über 80 Milliarden Dollar.

In Wirklichkeit sind diese Zahlen zu niedrig gegriffen, denn die Imperialisten bemühen sich in ihren Haushaltsplänen das wirkliche Ausmaß der Aufrüstung, der Rüstungsproduktion und Militarisierung der Wirtschaft zu verschleiern. Vor kurzem wurde in den USA enthüllt, daß die tatsächlichen Rüstungsausgaben des vergangenen Jahres die Summe von 123 Mrd. Dollar erreicht haben und damit über 2/3 des gesamten Haushaltes der USA-Imperialisten einnehmen.

Das Wettrüsten der beiden imperialistischen Supermächte ist ein Ausdruck ihrer wachsenden Rivalität, der Verschärfung ihres Kampfes um die Vorherrschaft in der Welt und ihrer Politik der Aggression gegen die Völker, der Versklavung und Erpressung. Ihre Flotten kreuzen auf den Weltmeeren und ihre Besatzungstruppen stehen in vielen Ländern der Erde. Milliardensummen haben die USA-Imperialisten für ihren Krieg gegen die Völker Indochinas und die Unterstützung der israelischen Zionisten ausgegeben, während die amerikanischen Monopole durch die Rüstungsaufträge riesige Profite machten.

Das Wettrüsten der beiden imperialistischen Supermächte zeigt klar, daß all ihr Gerede von „Abrüstung" und „Entspannung" keinen anderen Zweck hat, als den Völkern Sand in die Augen zu streuen, während sie in Wirklichkeit den Krieg vorbereiten.

Revisionistenaufruf gegen US-Imperialismus

Sozialimperialisten führten die Feder

Mit einer gemeinsamen Erklärung haben die revisionistischen Parteien aus 21 kapitalistischen Ländern Europas auf die offenen, unverhüllten Kriegsdrohungen der amerikanischen Imperialisten gegen die erdölproduzierenden arabischen Länder und auf die Intensivierung der amerikanischen Aggression gegen das vietnamesische Volk reagiert. Mit ihrer Erklärung versuchen die revisionistischen Parteien den Eindruck zu erwecken, als ob sie die entschlossensten Kämpfer für die Unabhängigkeit und Freiheit der Völker Westeuropas seien.

„Westeuropa darf keine Region des amerikanischen Herrschaftsbereiches sein", erklären sie und fahren fort: „Wir rufen die Werktätigen und die Völker auf, die Sache ihrer Unabhängigkeit, ihrer Freiheit, ihrer Sicherheit und des Friedens in die eigenen Hände zu nehmen." **In Wirklichkeit sind die radikalen Worte der modernen Revisionisten nichts als Demagogie, bei der die sowjetischen Sozialimperialisten die Feder geführt haben.** Als Sprachrohr der Neuen Zaren im Kreml rufen sie zum „Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus" auf, um den einen Oberherrn durch den anderen zu ersetzen und die Wachsamkeit der Völker gegenüber dem sowjetischen Sozialimperialismus einzuschläfern.

Die Veröffentlichung der Erklärung der revisionistischen Parteien Europas zum jetzigen Zeitpunkt ist kein Zufall. Europa ist der Schwerpunkt des Ringens der beiden Supermächte, der USA-Imperialisten und der sowjetischen Sozialimperialisten um die Vorherrschaft in der Welt, deren Rivalität sich, getrieben von ihren inneren und äußeren Schwierigkeiten, verschärft. In dieser Situation setzen die sowjetischen Sozialimperialisten verstärkt auf die schweren Wirtschaftskrisen und die politische Labilität der westlichen Länder, um in Westeuropa einzudringen und sich von der Einflußsphäre des USA-Imperialismus Stücke abzuschneiden. **Die revisionistischen Parteien, die überall die kapitalistische Ordnung verteidigen, spielen dabei die schändliche Rolle, die Wachsamkeit der Völker einzuschläfern und dem sowjetischen Sozialimperialismus den Boden zu bereiten.**

Als die sowjetischen Sozialimperialisten im vergangenen Jahr Griechenland angeboten haben, den „Schutz" seiner Nordgrenze zu übernehmen, waren es die modernen Revisionisten, die dieses Angebot, dem griechischen Volk die Schlinge um den Hals zu legen, lauthals unterstützten. Und die portugiesischen Revisionisten, die in die Regierung geholt wurden, um die wirkliche Freiheit und Unabhängigkeit des Volkes zu verhindern, haben dem Eindringen der sowjetischen Sozialimperialisten Tür und Tor geöffnet.

Und wenn die modernen Revisionisten der D„K"P den Werktätigen in unserem Land die Verstärkung der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion als einen Ausweg aus der Krise anbieten, so versuchen sie nicht nur, von der Notwendigkeit des revolutionären Klassenkampfes abzulenken, sondern bemühen sich auch, einen imperialistischen Räuber als Freund hinzustellen. Und wenn sie von der „Friedens- und Entspannungspolitik" der Sowjetunion reden, so haben sie die Absicht, den Wolf, der fast 70% seiner gesamten Streitkräfte an den Grenzen Westeuropas stationiert hat, mit einem Schafspelz zu umhüllen.

Das Vertuschen der wachsenden Rivalität der beiden Supermächte, der sich verschärfenden Kriegsgefahr und die Demagogie der modernen Revisionisten über die „friedliebende Sowjetunion" bilden eine gefährliche Waffe der Imperialisten gegen den wirklichen Kampf der Völker um Unabhängigkeit und Befreiung von der imperialistischen Unterdrückung.

Die wirkliche Unabhängigkeit und Freiheit können die Völker Europas nur erringen, wenn sie die beiden Supermächte, den USA-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus schonungslos bekämpfen und aus ihren Ländern vertreiben, wenn sie die Bourgeoisie und die von den Supermächten ausgehaltenen Vasallen und deren Regimes in ihren eigenen Ländern in der Revolution stürzen. Das ist der Weg, den die wirklich kommunistischen, marxistisch-leninistischen Parteien den Völkern Europas zeigen.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Südvietnam

Erklärung der Revolutionsregierung

Am 9. Januar hat das Außenministerium der Republik Südvietnam die Lügen und das Geschrei der Nguyen van Thieu-Clique über den Krieg in Südvietnam in einer Erklärung zurückgewiesen. Darin heißt es unter anderem, daß die Nguyen van Thieu-Administration seit fast zwei Jahren das Pariser Abkommen über Vietnam schwerwiegend verletzt hat und in dieser Zeit „wiederholt ihre bewaffneten Kräfte in der Provinz Phuoc Long zu blutigen Landrauboperationen, Polizei- und ‚Befreiungs'streifzügen eingesetzt und dabei ungezählte Verbrechen an der Bevölkerung begangen" hat.

In der Erklärung heißt es weiter: „Noch unverschämter ist es, daß diese Administration am Anfang des Monats die Provinz zu einer ‚Freizone für Bombenangriffe' erklärte und auch tatsächlich Ausrottungsüberfälle aus der Luft auf viele bevölkerte Gebiete, die von der Provisorischen Revolutionären Regierung kontrolliert werden, unternommen hat.

Um das befreite Gebiet, das Leben, das Eigentum der Bevölkerung und das Pariser Abkommen zu verteidigen, haben das Volk und die Befreiungsstreitkräfte die längst verdienten Konterschläge (gegen den Feind — RM) geführt. Am 6. Januar haben die Volksbefreiungsstreitkräfte den Feind gerade in seinem Schlupfwinkel in der Provinzhauptstadt bestraft, um der Bevölkerung zu helfen, sich zu erheben und die vollständige Kontrolle über die Stadt zu übernehmen."

In der Erklärung wird gesagt, „daß die Nguyen van Thieu-Administration aus Anlaß dieser Strafaktion am 8. Januar ein Kommunique mit unverschämten Verleumdungen gegen die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam und gegen die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam veröffentlicht hat. Am 7., 8. und 9. Januar haben Jagdflieger und Bomber Saigons in vielen Flügen bevölkerte Gebiete in Loc Ninh und Bu Dop grausam angegriffen und große Verluste an Leben und am Eigentum verursacht."

Die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam weist das Kommunique der faschistischen kriegslüsternen Nguyen van Thieu-Clique entschieden zurück und macht sie vor der Weltöffentlichkeit für die Fortsetzung des Krieges und die Sabotage des Pariser Abkommens verantwortlich.

„Die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam", heißt es in der Erklärung, „hat das Pariser Abkommen über Vietnam stets respektiert und strikt verwirklicht. Die Tatsachen in Südvietnam beweisen zur Genüge, daß der Krieg weitergehen wird und das Pariser Abkommen in Gefahr ist, solange die Verwicklung und die Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten Südvietnams andauern und die Nguyen van Thieu-Administration an der Macht ist. **Der richtige Weg, um die Angelegenheiten Südvietnams zu regeln, wie er in der Erklärung der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam vom 8. Oktober 1974 gezeigt wird, ist der, daß die Vereinigten Staaten ihre militärische Verwicklung und Einmischung in die inneren Angelegenheiten Südvietnams endgültig beenden müssen, daß Nguyen van Thieu und Kompanie gestürzt werden und eine neue Verwaltung in Saigon errichtet wird, die den Frieden und die nationale Eintracht begünstigt und die willens ist, das Pariser Abkommen ernsthaft zu verwirklichen.** Die Provisorische Revolutionäre Regierung ist bereit, mit einer solchen Regierung Verhandlungen zu führen, um eine schnelle Regelung der inneren Angelegenheiten Südvietnams zu erreichen, so wie es im Pariser Abkommen über Vietnam vorgesehen ist.

Die Vereinigten Staaten und die Nguyen van Thieu-Administration müssen die volle Verantwortung für die ernste Lage übernehmen, die in Südvietnam durch ihre Sabotage der Friedensregelung und durch ihre Fortsetzung des Krieges entstanden ist."



Die revolutionären Völker der ganzen Welt stehen auf seiten des vietnamesischen Volkes

Angola wird unabhängig

Grosser Erfolg des angolanischen Volkes

Am 15. Januar haben die drei Befreiungsbewegungen in Angola ein Abkommen mit der Regierung von Portugal unterzeichnet, in dem der Weg zur vollständigen Unabhängigkeit Angolas festgelegt wird. Gemäß diesem Abkommen wird das angolanische Volk am 11. November dieses Jahres den Tag seiner vollständigen Unabhängigkeit und Befreiung vom Joch des portugiesischen Kolonialismus feiern.

Bis zu diesem Zeitpunkt wird es in Angola eine Übergangsregierung geben, in der die Vertreter der Befreiungsbewegungen mehrheitlich vertreten sein werden.

Das Abkommen mit der portugiesischen Regierung ist ein großer Sieg des angolanischen Volkes. **Dieser Sieg ist dem angolanischen Volk weder in den Schoß gefallen, noch entspringt er der „Einsicht" oder der „Vernunft" der portugiesischen Kolonialherren, sondern er ist die Frucht des entschlossenen bewaffneten Kampfes, den das angolanische Volk vierzehn Jahre lang gegen seine Unterdrücker geführt hat.** Die portugiesischen Kolonialisten, hinter denen die imperialistischen Mächte und vor allem der USA-Imperialismus standen, erlitten durch den Befreiungskampf des Volkes eine schwere Niederlage.

Mit dieser Niederlage haben sie sich niemals abgefunden. Auch nach dem Staatsstreich in Portugal setzte die neue Junta die Anstrengungen und Manöver fort, das angolanische Volk zu unterdrücken und zu versklaven. Noch im Juli erklärte der Außenminister Portugals, daß für ihn „Angola noch nicht völlig verloren" sei. Die Junta behauptete weiter, daß die Provinz Kabinda mit ihren reichen Erdölschätzen nicht zu Angola gehöre und bemühte sich, das angolanische Volk und die Befreiungsbewegungen zu spalten. Alle diese Komplotte sind an der Wachsamkeit und Geschlossenheit des Volkes gescheitert, für die die Erklärung der drei Befreiungsorganisationen, in Zukunft eng zusammenzuarbeiten, ein Ausdruck ist.

Das angolanische Volk wird auch nach dem Sieg die Waffen nicht aus der Hand legen, es wird seine Geschlossenheit und Wachsamkeit erhöhen und so alle Komplotte gegen seine Unabhängigkeit und Freiheit zerschlagen.

Streikkämpfe in Spanien

Arbeiter in Pamplona bauten Barrikaden

Trotz der Unterdrückung und des Terrors des Franco-Regimes haben die spanischen Werktätigen ihren Kampf verstärkt. Seit über drei Monaten kämpfen die Arbeiter der SEAT-Automobilwerke für ihre wirtschaftlichen Forderungen und für die Freilassung ihrer während des Kampfes verhafteten Kollegen. Im Verlauf dieser drei Monate haben die Arbeiter mehrere Streiks durchgeführt, Versammlungen abgehalten und sind durch die Straßen der Stadt demonstriert.

Das Franco-Regime versuchte den Kampf durch Verhaftungen, durch den Einsatz der Polizei zu unterdrücken und die SEAT-Kapitalisten sperrten die Arbeiter mehrmals aus. Sie konnten jedoch die Kampfentschlossenheit der Arbeiter nicht brechen. Am 15. Januar, am ersten Tag nach einwöchiger Aussperrung durch die Kapitalisten, begannen 2 000 Arbeiter der Frühschicht einen erneuten Streik, in dem sie besonders die Freilassung von fünf ihrer Kollegen forderten. Die SEAT-Kapitalisten haben inzwischen damit gedroht, die Fabrik durch die Polizei räumen zu lassen.

Der Einsatz der Polizei gegen streikende Arbeiter ist zu einem alltäglichen Bild in heutigen Spanien geworden. Ebenfalls in Barcelona griff die Franco-Polizei 2 650 ausgesperrte Arbeiter von Olivetti mit Tränengas und Gummigeschossen an. **Der Terror der Polizei stößt jedoch auf den entschlossenen Widerstand der Arbeiter.** In Pamplona, wo die Polizei Warnschüsse über die Köpfe demonstrierender Arbeiter abgab, errichteten diese Barrikaden aus Lichtmasten und Baumstämmen auf den Straßen und kämpften gegen die Polizei. Inzwischen streiken in der ganzen Stadt über 11 000 Kollegen aus Solidarität mit den ausgesperrten Kumpels der Kaligrube, von denen sich 100 in der Grube eingeschlossen haben, um die Aufhebung der Aussperrung zu erkämpfen. In der Nacht zum 16. Januar versammelten sich über 2 000 Menschen in der Altstadt und demonstrierten durch die Straßen.

Über hunderttausend Werktätige haben in Streiks, Demonstrationen und Versammlungen in den letzten Monaten gegen die kapitalistische Ausbeutung, aber auch gegen den Terror und die Brutalität des faschistischen Franco-Regimes gekämpft, das für das spanische Volk nichts als Unterdrückung, Elend und Not bereithält. In diesen Kämpfen der spanischen Werktätigen haben sich die KP Spaniens/ML und die FRAP bereits großes Vertrauen erworben, weil sie fest an der Seite der kämpfenden Massen stehen und ihnen den Weg des revolutionären Sturzes der Franco-Diktatur im Kampf für die föderative Volksrepublik weisen.

Aus aller Welt

INDIEN

In den neun wichtigsten Häfen des Landes streiken über 150 000 Hafenarbeiter gegen die kapitalistische Ausbeutung, den Hunger und das Elend. Um den Streik zu brechen, hat die reaktionäre indische Regierung Marineeinheiten mobilisiert, die die Schiffe entladen sollen. In Madras wurde der Ausnahmezustand verhängt und den streikenden Arbeitern mit Entlassungen und gerichtlichen Maßnahmen gedroht. Die indische Regierung kann sich dabei auf ein sogenanntes „Gesetz zur Verteidigung Indiens" stützen, welches zur Unterdrükkung der Kämpfe der indischen Werktätigen erlassen worden ist. Trotz der Drohungen und der Versuche, den Streik zu brechen, sind die Arbeiter jedoch entschlossen, im Kampf für ihre Forderungen auszuharren.

LAOS

Die Bevölkerung der befreiten Gebiete in Laos hat im vergangenen Jahr große Erfolge beim Aufbau ihres Landes errungen. Eine wichtige Aufgabe war der Bau neuer Straßen und die Reparatur der alten Straßen. In harter Arbeit hat die Bevölkerung in verschiedenen Provinzen des Landes Straßen in einer Länge von über 750 km entweder neu gebaut oder instandgesetzt. Dabei wurden auch über 30 Brücken errichtet und mehrere Flüsse ausgebaggert. Zwischen den Städten und dem Land wurden die Verkehrsverbindungen wieder eröffnet und damit bessere Bedingungen für den Transport von Gütern und den Reiseverkehr geschaffen.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT:	WELLENLÄNGE:
1. Programm:	
13.00 — 13.30	32 und 41 Meter
16.00 — 16.30	32 und 41 Meter
19.00 — 19.30	41 und 50 Meter
2. Programm:	
14.30 — 15.00	32 und 41 Meter
18.00 — 18.30	32 und 41 Meter
21.30 — 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
3. Programm:	
6.00 — 6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
23.00 — 23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter Mittelwelle

RADIO PEKING

im Winter 43,7; 42,8 und 38.5 Meter
im Sommer 26,2 Meter
jeweils 19.00 — 20.00 und 21.00 — 22.00 Uhr



32 Meter entspricht 9,26 MHz;
41 Meter entspricht 7,23 MHz;
50 Meter entspricht 5,95 MHz;
215 Meter entspricht ca. 1 400 kHz Mittelwelle.

"Kleine Schritte" sollen vom Kampf abhalten

D„K"P sabotiert Mieterkampf

Am Samstag, den 20.1.75 trafen sich in Dortmund Scharnhorst Vertreter aus rund 20 Mieterinitiativen und Mieterkomitees aus Nordrhein-Westfalen. Diese Entwicklung des organisierten Mieterkampfes ist Ausdruck der großen Empörung der Werktätigen gegen Mietwucher und Sanierungspolitik. Es zeigt sich aber gleichzeitig bei diesem Treffen, daß die Revisionisten der D„K"P mit allen Mitteln versuchen, sich an die Spitze dieses Kampfes zu setzen, um ihn in für die Bourgeoisie ungefährliche Bahnen zu lenken.

Auf diesem Treffen wurde in vielen Beiträgen der Mietwucher vor allem durch die „gemeinnützigen" und industriekonzerneigenen Wohnungsgesellschaften angeprangert. Nur das letzte Beispiel dafür ist die Heraufsetzung der „Verwaltungs- und Instandkosten" gerade jetzt im „sozialen Wohnungsbau". Diese Ausplünderung der Werktätigen wird in enger Zusammenarbeit von Wohnungsbaugesellschaften, DGB-Apparat und Staatsbzw. Kommunalapparat betrieben. **Ein anschauliches Beispiel dafür liefert Dortmund: Der Dortmunder „Neue Heimat"-Boß ist gleichzeitig SPD-Stadtrat und zuständig für Wohnungsangelegenheiten, wo er auch die letzte Instanz für die Entscheidung über Wohngelder ist. Derselbe Herr ist „Volksvertreter" für Scharnhorst, wo die „Neue Heimat" ihre größten Projekte hat. Bis vor einiger Zeit betätigte er sich noch außerdem als „Mieter" in einer Mieterinitiative.**

Diese skandalösen Zustände kann die D„K"P natürlich nicht unter den Tisch wischen. Sie nennt sie teilweise sogar besonders „radikal" beim Namen, um sich so das Vertrauen zu erschleichen, das sie braucht, um die Werktätigen anschließend hinters Licht führen zu können.

So wetterten D„K"P-Vertreter dagegen, daß dies alles doch kein sozialer Wohnungsbau sei, nur um gleich darauf zu erklären, deshalb müsse man dafür sorgen, daß das Wort „sozial" bei „unseren Volksvertretern" wieder mehr Gewicht bekomme. So stellten sie lautstark fest, daß die bürgerlichen Parteien ihre Versprechen nicht halten, nur um gleich darauf vorzuschlagen, man müsse mit Resolutionen gegen die „,politische Verschleppungstaktik" vorgehen. Und während offensichtlich ist, daß die DGB-eigene „Neue Heimat" einer der übelsten Mietwucherer ist, schlugen die D„K"P-Revisionisten im Namen der „Einheit der Arbeiterklasse" vor, am 1. Mai mit dem DGB zusammen zu demonstrieren.

Aber die modernen Revisionisten versuchen nicht nur, die Mieter ideologisch zu verwirren und an den bürgerlichen Staat zu fesseln, sie versuchen gleichzeitig auch, sich organisatorisch in den Mieterinitiativen abzusichern. So schimpften sie auf die „Machenschaften" und „juristischen Tricks" der Wohnungs gesellschaften, nur um dann die Bedeutung von „ Spezialisten" hervorzuheben, die die Sache durchschauen und die Mieter beraten können.

Ein Genosse der Partei trat auf dieser Versammlung den Betrugsmanövern der modernen Revisionisten entgegen und zeigte, daß der Mieterkampf nur Erfolg haben kann, wenn die Mieter einen klaren Trennungsstrich zwischen sich und ihren Feinden ziehen. Zu diesen Feinden gehören aber auch die modernen Revisionisten, die unter dem Deckmantel des Kommunismus den Mieterkampf in die Sackgasse der Klassenversöhnung führen wollen. Mehrere Mieter nickten zustimmend, als der Genosse sprach.

Aber es kam nicht zu einer Diskussion darüber, da die D„K"P-Bonzen sich schnell einschalteten: Keiner habe doch Illusionen über das Kapital, aber die Kollegen würden das nicht verstehen. Deshalb müsse man kleine Schritte machen. Außerdem könne hier keine Grundsatzdiskussion geführt werden, hier müßten „praktische Probleme" gelöst werden.

Diese „Theorie der kleinen Schritte", mit der die modernen Revisionisten besonders die fortschrittlichen Kollegen verwirren wollen, ist tatsächlich nichts als ein übler Trick. Denn auch kleine Schritte kann man nur in einer Richtung machen: entweder zusammen mit dem Kapital oder zusammen mit der Arbeiterklasse.

Das haben zuletzt mehrere tausend Mieter in Bottrop zu spüren bekommen, denen angesichts einer drohenden Mieterhöhung durch die Ruhrkohle AG von der D„K"P geraten wurde, auf die „Rechtssprechung" in einem Mieterprozeß zu vertrauen. Tatsächlich hatte die erste Instanz dann auch gegen die RAG entschieden, was die D„K"P als großen Erfolg feierte und womit die Mieter wieder beruhigt wurden. In der zweiten Instanz entschied die bürgerliche Klassenjustiz dann natürlich gegen die Mieter und für die RAG, die ihre Mieterhöhungen dann ohne „großen Kampf" der D„K"P durchsetzen konnte.

So beweist die Erfahrung des Klassenkampfes selbst, daß für den erfolgreichen Kampf der Mieter nicht allein ihre Organisierung wichtig ist. Denn ist dieser Kampf von den modernen Revisionisten organisiert, muß er Niederlagen erleiden. Erfolgreich sein kann der Kampf der Mieter nur, wenn er auf der Grundlage des revolutionären Klassenkampfes organisiert wird.

Bonner Parlamentarier zum "Jahr der Frau"

Die Gleichberechtigung bleibt ein leeres Versprechen

Nachdem die UNO das Jahr 1975 zum „Jahr der Frau" erklärt hat, haben sich auch bei uns in der Bundesrepublik die Vertreter der verschiedensten politischen Parteien mit „schonungsloser Offenheit" darangemacht, die Mängel in der Gleichberechtigung der Frau aufzudecken und mit beredten Worten Verbesserungen zu versprechen.

So erklärte die Bundestagspräsidentin Renger beispielsweise, daß heute von 9,5 Millionen weiblichen Beschäftigten immer noch 75% keine Ausbildung haben, daß Frauen nach wie vor durchschnittlich 33% weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen. Der „Ausweg", den sie den Frauen angesichts dieser Tatsachen zu bieten hat, ist allerdings reichlich abgedroschen. Wenn nämlich die Kapitalisten nicht dazu bereit sind, den Frauen gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit zu zahlen, wenn sie nicht bereit sind, die Leichtlohngruppen für Frauen abzuschaffen, dann will Frau Renger prüfen lassen, ob man nicht den „Verfassungsauftrag" durchsetzen muß. Dieses Versprechen, die im Grundgesetz auf dem Papier stehende Gleichberechtigung der Frau durchzusetzen, ist so alt wie die Verfassung selber. Und die Benachteiligung der Frau hat sich in diesen 25 Jahren nicht verbessert, sondern in bestimmten Bereichen sogar verschlechtert.

So muß Frau Renger selbst feststellen, daß beispielsweise der Mitgliederanteil der Frauen bei den bürgerlichen Parteien nach wie vor bei 16-20% liegt usw. Diese Benachteiligung der Frau im öffentlichen Leben aber zeigt sich nicht nur in der Politik, sondern auch im gewerkschaftlichen Bereich. Obwohl die Frauen mehr als 50% der Beschäftigten stellen, waren bei den Betriebsratswahlen der IG Metall 1968 von insgesamt 48 554 Betriebsräten nur 3 918 Frauen; von insgesamt 88 001 gewählten Vertrauensleuten (1967) waren es ganze 5 523. Die Tendenz ist eher rückläufig.

Die Erklärung, die den Frauen immer wieder geboten wird, ist das angebliche Vorhandensein einer sogenannten „Männergesellschaft", der Ausweg demzufolge die „Partnerschaft zwischen Mann und Frau". Die Befreiung der Frau ist aber keine Frage der „Partnerschaft" mit dem Mann. Daß diese Ideologie der „Partnerschaft" in der Propaganda der Bourgeoisie an die Stelle der alten Leier von der „Unterwürfigkeit der Frau gegenüber dem Mann", der Lobgesänge auf das „Heimchen am Herd" getreten ist und inzwischen von der bürgerlichen Moral „erlaubt" wird, daß auch der Mann im Haushalt „hilft", hat einzig und allein den Grund, daß das Kapital in den letzten Jahren die Frauen verstärkt in der Produktion haben wollte, um aus der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft Profit zu erzielen.

Trotz dieser scheinbaren Änderungen ist die Befreiung der Frau nach wie vor eine Frage des Klassenkampfes, eine Frage ihrer Stellung in der Produktion geblieben. Engels wies darauf hin, daß „ ...die Befreiung der Frau, ihre Gleichstellung mit dem Manne, eine Unmöglichkeit ist und bleibt, solange die Frau von der gesellschaftlichen produktiven Arbeit ausgeschlossen und auf die häusliche Privatarbeit beschränkt bleibt". Und Lenin sagte: „Zur vollständigen Befreiung der Frau und zu ihrer wirklichen Gleichstellung mit dem Mann bedarf es gesellschaftlicher Einrichtungen, bedarf es der Teilnahme der Frau an der allgemeinen produktiven Arbeit. Dann wird die Frau die gleiche Stellung einnehmen wie der Mann."

Diese grundsätzliche Einbeziehung der Frau in die produktive gesellschaftliche Arbeit aber ist nach wie vor nicht gegeben und wird es auch im Kapitalismus nicht geben. Darüber darf auch die Zahl von gegenwärtig 9,5 Millionen arbeitenden Frauen nicht täuschen.

Denn obwohl heute so viele Frauen berufstätig sind, obwohl es heute im allgemeinen als notwendig angesehen wird, daß Mädchen nach ihrem Schulabschluß „arbeiten gehen" bzw. „Geld verdienen", schreibt die bürgerliche Moral doch gleichzeitig vor, daß es nach wie vor die Frauen sind, die für die Familie und insbesondere die Kinder zu sorgen haben.

Dementsprechend gering sind die staatlichen Einrichtungen wie Kinderkrippen und Kindergärten, die es einer Familie besonders mit jüngeren Kindern ermöglichen, daß nicht nur der Mann, sondern auch die Frau arbeitet. So läuft dieser moralische Zwang, für die Familie zu sorgen, für die meisten Frauen praktisch darauf hinaus, daß sie nicht auf die Dauer in der Produktion arbeiten können, sondern gewissermaßen „Saisonarbeiter" sind. Insofern täuscht auch die Zahl von 9,5 Millionen arbeitenden Frauen. Denn der Anteil der Frauen, die wie die männlichen Kollegen kontinuierlich seit ihrer Schulentlassung arbeiten, ist beträchtlich geringer.

Weil sich also die Stellung der Frau in der Produktion nicht grundsätzlich geändert hat, deshalb hat sich auch ihre besondere gesellschaftliche Unterdrückung im Betrieb und außerhalb des Betriebes nicht grundsätzlich geändert. Die Frauen sind eine Reservearmee für das Kapital geblieben, in deren Ausbildung darum auch möglichst wenig investiert wird, aus deren besonderer Ausbeutung die Kapitalisten darum zusätzlichen Profit ziehen können.

Daß die Frauen für das Kapital eine Reservearmee geblieben sind, das werden viele Arbeiterinnen gerade jetzt in der Krise zu spüren bekommen. So ist bereits jetzt der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen 4,6%, während der Anteil der männlichen Kollegen 3,1% beträgt. Wobei diese Zahlenangabe der Bundesanstalt für Arbeit natürlich nur die Frauen berücksichtigt, die in den letzten Monaten entlassen worden sind, nicht aber die Frauen, die gerade jetzt wegen der wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten Arbeit suchen, und auch nicht die Frauen, die das ständige Heer der versteckten Arbeitslosen bilden.

Einen Ausweg aus dieser Situation aber kann es für die Frauen allein nicht geben. Denn ihre besondere Unterdrückung hat die gleichen Ursachen wie die Unterdrükkung des gesamten Proletariats; deshalb kann sich die Frau nur befreien, wenn in der proletarischen Revolution die Befreiung des gesamten werktätigen Volkes erkämpft wird. Erst im Sozialismus wird ihre Gleichberechtigung mit dem Mann kein immer wieder erneuertes Versprechen bleiben. Das sozialistische Albanien und das sozialistische China beweisen, daß dort die Frau mit Riesenschritten ihrer vollständigen Gleichberechtigung nicht nur in der Produktion, sondern im gesamten gesellschaftlichen Leben entgegengeht.

Parteibüros der KPD/ML

Bielefeld:
Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1, Öffnungszeiten Mo. 16.30 – 18.30, Do. 16.30 – 18.30, Fr. 16.30 – 18.30, Sa. 9.00 – 13.00

Bremen:
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70, Öffnungszeiten: Sa: 9.00 – 13.00 Uhr, Mi: 16.00 – 19.00 Uhr

Dortmund:
Wellinghofer Str. 103, Tel: 0231/ 41 13 50, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Hamburg:
Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel: 040/43 99 137, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Hannover:
Elisenstr. 20, Öffnungszeiten: Di und Do: 16.30 – 19.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr, Tel. 0511/ 44 51 62.

Kiel:
„Thälmann - Buchladen", Reeperbahn 13, Tel. 0431/74 762, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Lübeck:
Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr jeweils von 16.30 Uhr – 18.30 Uhr.

Mannheim:
Lortzingstr. 5, Öffnungszeiten Mo. – Fr. 17.00 – 18.30 Uhr, Sa. 9.00 – 13.00 Uhr, Tel. 0621/37 67 44.

München:
Buchladen „Roter Morgen", 8 München 3, Thalkirchner Str. 19, Tel: 089/77 51 79, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Stuttgart:
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel: 0711/ 43 23 88, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.30 – 13.00 Uhr

Westberlin:
Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10, Tel. 030/ 462 60 18 , Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 10.00 – 14.00 Uhr

Parteiveranstaltung

MÜNCHEN

Aus Anlaß des Prozesses gegen vier Teilnehmer des Roten Antikriegstages 1972 ruft die KPD/ML zu einer

DEMONSTRATION

auf. Kämpft mit uns für den Freispruch der angeklagten Antimilitaristen! Für einen deutschen Paß für Sascha! Für den Freispruch von Hanns Marzini und den drei anderen angeklagten Antifaschisten!

25. 1., 9.30 Uhr, Sendlinger Torplatz.

Veranstaltung: 25.1., 14 Uhr, „Lothringer Bierhalle", Weißenburger Platz.

1. Verhandlungstag im Antikriegstagsprozeß: 28. 1., 9 Uhr, Münchner Landgericht.